Ausgabe 3/2020

JULIMAGAZIN

Schwerpunkt: Vertrauen

Vertrauen in Unternehmen

Ein Gastbeitrag von Dagmar Saschek

Schnauze voll von Politik

Stille Liebe zur Planwirtschaft?

Bildnachweis: stock.adobe.com © Yevhen

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 60,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Website: www.liberaler-mittelstand.nrw

Bildnachweis: stock.adobe.com @ turgayuntogdu

Anne Wickborn

Chefredakteurin

Liebe JuLis,

„Hm, Vertrauen ist ja relativ abstrakt – was stellst du dir denn darunter vor?“ Die Frage, die ich euch für dieses Magazin stellen wollte, ist von vielen Autoren erst mal an mich zurückgegeben worden. Zu Recht, eigentlich. Anders als Themenklassiker wie Bildungs- oder Umweltpolitik ist Vertrauen selten direkt Thema. Viel eher schwingt es mit, als leiser, dezenter Unterton in vielen Debatten. Das Vorhandensein oder das Fehlen von Vertrauen beeinflusst unser tägliches Leben maßgeblich; nicht nur politisch, sondern auch gesamtgesellschaftlich und privat. Nachdem ich mich einer genaueren Festlegung des Themas aus Neugier auf die Impulse verweigert habe, haben sich die Autoren dieses Magazins dem Oberthema aus ganz verschiedenen Richtungen genähert. Neben den klassisch liberalen Themen wie Vertrauen in die Justiz, den Staat oder der konkrete Vertrauensverlust in eine Regierung, die sich Marc, Torben und Isabel Lutfullin angeschaut haben, gehen wir im Heft auch auf die psychologischen Aspekte ein: Elias hat mit einer Psychotherapeutin über Vertrauen als Ganzes gesprochen und in Tabeas Artikel erfahrt ihr, welche Faktoren Vertrauen beeinflussen können. Auch einen Gastbeitrag findet ihr wieder im Magazin: Die Unternehmensberaterin Dagmar Saschek gibt Einblicke unter anderem in die Bedeutung von Vertrauen für Führungsstrukturen und in Krisensituationen. Tim hat Vertrauen ganz konkret am Fallbeispiel Wahlrecht ab 16 diskutiert, Anna Hommen nimmt das Thema abstrakter: Sie stellt die Frage nach dem Vertrauensverhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Alexander Kobuss schließlich wirft beunruhigende Fragen auf – verlieren die Deutschen das Vertrauen in Marktwirtschaft? Ob uns die Planwirtschaft droht und was das Vertrauen in die freie Wirtschaft wiederherstellen könnte, erfahrt ihr in seinem Beitrag.

Auch die Kommunalwahl rückt näher, deswegen stellen wir euch im Magazin wieder einen jungliberalen Kandidaten vor – was Elias antreibt, wieso er kandidiert und was Umberto Eco mit Kommunalpolitik zu tun hat, erfahrt ihr im Porträt.

Und wenn euch noch Inspiration für die Sommerlektüre fehlt, interessieren euch vielleicht die Lese-Tipps aus dem Verband?

Ich wünsche euch ganz viel Spaß bei der Lektüre!

Liebe Grüße

Anne

PS: Wenn ihr wissen wollt, was ich in einem MMA-Kampfsportstudio verloren habe, ob ich lebend wieder rausgefunden habe und was das alles mit Vertrauen zu tun hat … Dann werdet ihr in diesem Heft ebenfalls fündig!

THEMEN

1. Vertraue ich dem Staat?
2. Alles mit rechten Dingen? Vom Vertrauen in den Rechtsstaat
3. „Hier muss dringend was passieren“ – Von einer Stadt und einem, der an sie glaubt
4. Schnauze voll von Politik
5. Herbstlektüre
6. „Stille Liebe zur Planwirtschaft?“
7. This is Sparta
8. Gastbeitrag – Vertrauen in Unternehmen
9. Back to the basics – Was ist überhaupt Vertrauen?
10. Let’s talk about facts, Baby!
11. Wissenschaft und Gesellschaft – Ist diese Beziehung noch zu retten?
12. Vertrauen ins Individuum: Volljährigkeit ab 16

IN HALT

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/ V.I.S.D.P.
Chefredaktion Anne Wickborn (anne.wickborn@julis.de)

REDAKTION
Marc Bauer, Tabea Gandelheit, Anna Hommen, Torben Hundsdörfer, Alexander Kobuss, Isabel Lutfullin, Dagmar Saschek, Tim Schütz, Elias Sentob

HERAUSGEBER UND VERLAG
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG
BTW MARKETING Werbeagentur, www.btw-marketing.com

LEKTORAT
Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

DRUCK
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Torben Hundsdörfer (16) besucht die 11. Klasse eines Gymnasiums in OWL und ist stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Lippe. Er studiert in Bielefeld Jura im Frühstudium. Kontakt: **torbenhundsdoerfer@julis.de.**

1 Vertraue ich dem Staat?

Nein, natürlich nicht. Ich bin ja nicht verrückt, in der JU oder bei den Jusos. Das war mein erster Gedanke zu dieser Frage. Das ist natürlich völliger Unsinn und für einen Liberalen viel zu undifferenziert, wobei es auch vollkommen richtig ist. Ein Versuch, zu erklären, wieso dem Staat zu vertrauen so kompliziert ist.

„Hi, ich bin von der Regierung und komme, um dir zu helfen!" Die für Ronald Reagan schlimmsten Wörter der amerikanischen Sprache klingen im etatistischen Deutschland noch viel furchtbarer. Und sie zeigen das vielleicht größte Feld, in dem man dem Staat nicht vertrauen sollte: die eigene Lebensführung. Niemand weiß über unser Leben besser Bescheid als wir. Warum sollten wir also hier die Problemlösung jemand anderem überlassen? Zumal einem unpersönlichen und kalten Konstrukt wie dem Staat, statt unseren Freunden, Familien und Nächsten oder uns selbst?

Entscheidungen sollten möglichst immer da getroffen werden, wo sie ihre Wirkung entfalten. Daher lieben wir Liberalen den Dezentralismus. Dezentralere Entscheidungen als die des Individuums gibt es nicht. Der erste Grund, dem Staat nicht zu vertrauen, ist also der, dass wir für uns Entscheidungen viel besser treffen können.

Der unfähige Staat

Warum man dem Staat nicht vertrauen sollte, sieht auch jeder in seiner eigenen Stadt: Jedes private E-Scooter-Unternehmen läuft besser und zuverlässiger als der städtische Verkehrsbetrieb. Die Wohnzimmer unserer Großeltern sind digitaler als die Klassenräume und jeder Fluss ist oft cooler als das kommunale Schwimmbad. Oft kann man dem Staat also nicht vertrauen, weil er schlicht unfähig ist. Und das gar nicht aus einer per se staatskritischen Haltung (auch wenn diese natürlich völlig richtig ist), sondern weil man die Realität anerkennt.

Ein Blick ins Bundesland Berlin zeigt es noch deutlicher: unglaubliche Unfähigkeit, einen Flughafen zu bauen, Kriminalität zu bekämpfen und das Bildungssystem zu reformieren. Wenn mich ein Freund zum zehnten Mal verarscht (entschuldigt!), vertraue ich ihm doch auch nicht mehr blind. Warum tun es dann so viele beim Staat?

Bildnachweis: stock.adobe.com © BillionPhotos.com

Wer ist der Staat, dass er glaubt, besser über unser Leben entscheiden zu können als wir?

Eltern wissen besser, auf welche Schule ihre Kinder gehen sollten, Kunstliebhaber, welche Kultureinrichtungen sie fördern wollen, und Bürger, welche Währung sie am besten benutzen. Wer ist der Staat, dass er glaubt, besser über unser Leben entscheiden zu können als wir? Aus demselben Grund misstrauen Liberale zunächst grundsätzlich jedem Verbot. Wir wissen selber, was gut für uns ist. Einem rechtmäßigen Staat ist es schon per se gar nicht möglich, so viel über seine Bürger zu wissen, dass er ihre Entscheidungen treffen könnte.

„Macht korrumpiert. Absolute Macht korrumpiert absolut."

Besser als Lord Acton kann man es vermeintlich kaum sagen. Einer Institution zu vertrauen, in der sich die Macht so konzentriert wie dem Staat, ist schwierig. Immer wenn sich Macht sammelt, geht irgendwas schief. Und je größer und mächtiger der Staat, desto folgenschwerer die Fehler oder tyrannischen Entscheidungen. Hier könnte man zahlreiche Beispiele bringen, wie zum Beispiel die Kriege und Menschenrechtsverbrechen des letzten Jahrhunderts. Aber ein Blick ins diktatorische Ostasien (nicht die Republik China, die ist demokratisch) genügt.

Misstrauen als Schutz

Ein Misstrauen gegenüber dem Staat beschützt uns selbst, zumindest in einer Demokratie. Misstrauen wir dem Staat, geben wir ihm nur widerwillig mehr Macht über uns. Dass er es „gut meint", gilt nicht, denn wir wissen, was schiefgehen kann. So sind große Machtausnutzungen gar nicht möglich, denn ihm fehlt diese Macht. Etwas kann nie sowohl frei als auch durch den Staat gelenkt sein. Daher sollte man dem Staat der Freiheit wegen stets misstrauen.

Ein Einwand mag sein, man müsse hier zwischen „guten" und „schlechten" Staaten unterscheiden. Die DDR war zum Beispiel ein „schlechter" Staat, die BRD ein „guter". Diese Unterscheidung spielt beim Vertrauen in den Staat allerdings keine Rolle. Hat ein Staat erst einmal das Vertrauen der Menschen und damit die Macht über sie, braucht nur die Regierung zu wechseln und der Staat wird plötzlich „böse". Ein Umschwung ist immer möglich.

Misstrauen als Beschränkung der Macht

Wir sehen, dass wir versuchen müssen, den Staat so zu bauen, dass er nicht ganz „böse" werden kann. Karl Popper stellte es wie folgt dar: „Die Institutionen einer Gesellschaft sind so gestaltet, dass sie sich gegenseitig in Schach halten, dass keine einzige Institution die absolute Macht ergreifen kann." Genau dafür sorgt ein gesundes Misstrauen. Wer misstraut, sorgt dafür, dass die Macht aller möglichst beschränkt ist. Das Grundgesetz ist perfekt dafür.

Der Liberale vertraut jedoch immer auf einzelne Institutionen des Staates. Wir vertrauen auf die klugen Richter am Bundesverfassungsgericht, dass diese unsere großartige Verfassung schützen. Und wir vertrauen darauf, dass mutige Soldaten der Bundeswehr im Zweifel unsere Freiheit nach außen verteidigen, wie die Polizisten sie nach innen verteidigen. Manche vertrauen sogar darauf, dass der Staat die besseren Straßen baut.

Was wäre die Freiheit ohne Garantie des Staates?

Liberalismus geht nicht ohne einen funktionierenden Staat. Wir müssen darauf vertrauen, dass der Staat unsere Freiheit, das Eigentum und die Wettbewerbsordnung beschützt (neben der Gewährleistung der Bildung etc.). Alles andere würde zu ständiger Angst und Chaos führen. Und einem Staat, der diese Aufgaben hat, müssen wir zwangsläufig vertrauen.

Dem Staat gegenüber nicht blind zu vertrauen, ist also richtig. Wir Liberalen müssen allerdings einsehen, dass unser politisches Konzept ohne diesen nicht aufgeht. Daher ist ein gesundes Misstrauen & beschränktes Vertrauen sehr wichtig. Unser Ziel muss es daher sein, die (mögliche) Macht des Staates auf ein so geringes Minimum so begrenzen, dass es uns gut möglich ist, ihm kritisch zu vertrauen. Einem schlanken & begrenzten Staat zu vertrauen, ist kein Problem. Selbst wenn dieser durch die Falschen regiert werden sollte, wäre seine Zerstörungsmacht begrenzt.

Vertrauen darf nicht zu weniger Freiheit führen

Ein Problem mit dem Vertrauen in den Staat gibt es, wenn es dazu führt, dem Staat naiv immer mehr Macht über uns zu geben. Vertrauen darf nicht zu weniger Freiheit führen. Der Staat ist nicht unser bester Freund, schon gar nicht unser Vater. Er ist der Zusammenschluss der Gesellschaft, um diese effektiver zu gestalten, unsere Freiheit zu beschützen und Aufstieg zu garantieren.

Meine Frage des Anfangs klar mit „Ja" oder „Nein" zu beantworten, ist ergo unmöglich. Wer das kann, hat nicht nachgedacht oder ist kein Liberaler. Liberalismus funktioniert weder mit einem Staat, dem man vollkommen vertraut, noch mit einem, dem man vollkommen misstraut. Wir Liberalen müssen dafür kämpfen, dass es möglich ist, ihm zu vertrauen, weil seine Macht über uns nicht ausreicht, um uns zu schaden.

2

Alles mit rechten Dingen? Vom Vertrauen in den Rechtsstaat

Herrschaft von Gesetzen, nicht von Menschen: Das ist die kürzeste Formel, auf die sich der Rechtsstaat bringen lässt. Diese alte, urliberale Forderung erklärt sich aus der Einsicht, dass Menschen fehlbar sind, dass Macht sie korrumpiert und deshalb der Staat nicht zum Instrument der Willkür Einzelner oder einer Clique werden darf. Unser politisches System lebt daher vom Vertrauen in die Objektivität und Willkürfreiheit allen Staatshandelns.

Dieses Vertrauen kann verspielt werden. Von einem mit Parteisoldaten besetzten Verfassungsgericht erwartet niemand ein gerechtes Urteil, von korrupten Abgeordneten niemand einen fairen Interessensausgleich in neuen Gesetzen und von einem populistischen Staatschef niemand ein rationales Regierungshandeln. Aus der Kritik an einzelnen Missständen wird dann schnell eine Legitimationskrise der gesamten freiheitlich-demokratischen Ordnung, welche von Extremisten jeder Couleur benutzt wird, um den Systemsturz zu propagieren. Unerlässlich ist es, bereits anfängliche Erosionserscheinungen zu erkennen und zu bekämpfen. Wehret den Anfängen!

Struktureller Schutz vor Machtmissbrauch

Power tends to corrupt, and absolute power corrupts absolutely: Lord Actons Worte sind aktueller denn je. Das Vertrauen der Bürger gilt nicht einem starken Herrscher, sondern geteilten Gewalten, die sich mit gesundem Misstrauen gegenseitig kontrollieren und mäßigen sollen. Weisungsunabhängige, auf Lebenszeit (bzw. bis zur Pensionsgrenze) ernannte Richter, ein Berufsbeamtentum, das nicht einfach nach Belieben ausgetauscht werden kann, unabhängige Kontrollinstanzen für besonders sensible Teile der Staatstätigkeit wie Militär, Polizei und Geheimdienste gehören zum rechtsstaatlichen Pflichtprogramm. Als Liberale gilt es diese zu verteidigen. Aber nicht genug: Eine Stärkung der richterlichen Selbstverwaltung, auch bei der Neubesetzung von Richterstellen, die Einrichtung von internen Revisionsabteilungen in allen Bereichen der Staatsverwaltung sowie ein sichererer Rechtsrahmen für Whistleblower sind wichtige Ziele, die es anzugehen gilt.

Interessenkonflikte

Von einem Interessenkonflikt spricht man, wenn eine Person verschiedene soziale Rollen hat, die mit sich widersprechenden Interessen, Erwartungen und Perspektiven verbunden sind. Viele Interessenkonflikte liegen auf der Hand: Niemand kann Richter in eigener Sache sein, über die Anliegen von Familie und Freunden entscheiden oder seinen Arbeitgeber oder Mentor kontrollieren. Das festzuhalten hat nichts mit einem Vorwurf charakterlicher Mängel zu tun: Emotionale Nähe, persönlicher Bezug, berufliche oder finanzielle Abhängigkeit sind Gründe, die jeden Menschen in seiner neutralen Urteilskraft schwächen. Diese Voreingenommenheit zeigt sich auch und besonders unbewusst; selbst dann, wenn wir aktiv versuchen, uns ihr zu entziehen. Deshalb geht es darum, Interessenkonflikte zu vermeiden, bevor sie zu einer konkreten Fehlentscheidung führen können. Vertrauen genießt nur, wer keinen Anlass gibt, an seiner Objektivität zu zweifeln. Es wäre im Rechtsstaat unzumutbar und meist auch unmöglich, eine Befangenheit im Einzelfall nachzuweisen – ausreichend ist der böse Anschein, die „Besorgnis der Befangenheit“.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Vertrauen braucht einen institutionellen Rahmen. Wer verhindern will, dass wenige schwarze Schafe einem Generalverdacht gegen eine ganze Gruppe Vorschub leisten, der muss sicherstellen, dass diese Übeltäter auch ermittelt und verurteilt werden. Die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in NRW war deshalb der größte Bärendienst, den man der Polizei erweisen konnte. Noch ärger: Wenn ein Kölner Polizist einer Straftat beschuldigt wird, ermittelt aktuell die Kollegin aus dem benachbarten Bonn. Als ob die Psychologie „Schulterschlusseffekte“ unter Kollegen nicht schon lange nachgewiesen hätte! Die Antwort muss deshalb eine unabhängige Ermittlungsbehörde sein, die nicht dem Innenministerium unterstellt und die mit besonders ausgebildeten Ermittlern besetzt ist.

Lobbyismus

Aufgabe der Politik ist der faire Ausgleich von Interessen, durch Anhörung der Beteiligten, durch Abwägung ihrer Argumente, durch das Betrachten von unterschiedlichen Perspektiven auf ein Thema. Erhalten einzelne Akteure übermäßig viel Einfluss auf die Gesetzgebung, untergräbt das die Legiti-

mität des Parlamentarismus. Deswegen muss transparent gemacht werden, wenn einzelne Gruppen überproportional viel Zugang erhalten – es ist begrüßenswert, dass die Freien Demokraten für ein Lobbyregister streiten. Und es braucht klarere Regeln, welche die oftmals zu beobachtende Verquickung von Politik und Wirtschaft ordnen. Regelmäßig werden ausscheidenden Politikern attraktive Posten in staatsnahen Einrichtungen oder Unternehmen verschafft (die berüchtigten „Versorgungswerke“) oder sie bekommen in der Wirtschaft lukrative Beraterverträge oder Aufsichtsratsposten, die nicht zwangsläufig, aber häufig dubios erscheinen. Staaten wie Russland oder die sogenannte Volksrepublik China versuchen zudem systematisch, durch Lobbyisten destabilisierend auf die westliche Staatengemeinschaft einzuwirken und sich im wahrsten Sinne des Wortes Einfluss zu kaufen. Altbundeskanzler Gerhard Schröder ist das Paradebeispiel. Für all diese Fälle bedarf es klarer Karenzzeitregelungen und Transparenzgebote.

Korruption

Korruption beginnt für viele erst dann, wenn ein Koffer voll Geld im Spiel ist. Gerade in der Politik herrscht oft eine Betriebsblindheit vor, die Zweifel über die Korrektheit des eigenen Verhaltens gar nicht erst aufkommen lässt – und die auch bei anderen lieber ein Auge zudrücken lässt, bevor man selbst an diesen Maßstäben gemessen und womöglich verurteilt wird. Wo immer aus sachfremden Gründen sich oder einem Dritten Vorteile verschafft werden, liegt korruptes Verhalten vor. Der Fall Amthor hat jüngst wieder gezeigt, dass das Vertrauen auf – gerade von Konservativen immer laut geforderten – Anstand und Schamgefühl nicht ausreichen, um solche Machenschaften – gerne liebevoll als Klüngel verklärt – einzudämmen. Es braucht harte rechtliche Grenzen. Das deutsche Parteienfinanzierungsrecht ist seit Langem in der Kritik, weil es internationalen Forderungen nicht gerecht wird. Auch der Tatbestand der Abgeordnetenbestechung ist bewusst eng gehalten. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

Bildnachweis: stock.adobe.com © indomercy

Integrität

Formale Regeln gegen Machtmissbrauch, Korruption und Interessenkonflikte sind ein notwendiges, aber kein hinreichendes Mittel, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität und Objektivität der Amtsträger sicherzustellen. Unbestechlichkeit ist eine Charakterfrage. Korruptes Verhalten schleicht sich allzu schnell ein – „eine Hand wäscht die andere“ macht zunächst vieles leichter, führt aber langfristig zu einem Geflecht von Abhängigkeiten, einzulösenden Gefallen und Rücksichtnahmepflichten. Fehlt dann noch eine berufliche Perspektive außerhalb von Staat und Partei, sind Politiker leicht zu kontrollieren und bevorzugtes Ziel für Einflussnahme. Interessenkonflikte werden dann schnell weggelächelt oder gar noch als hilfreiche Synergieeffekte vermarktet, die kurze Wege ermöglichen. Es droht eine Kultur im Verfallsprozess, in denen korruptes Verhalten als neue Normalität empfunden wird. Auf diesen Abstumpfungsprozess hofft Donald Trump, der seit dem ersten Tag im Weißen Haus daran arbeitet, die Grenzen des Akzeptablen und Sagbaren zu verschieben.

Wenn wir das Vertrauen in unser politisches System erneuern wollen, dann müssen wir mutig und entschlossen für mehr Transparenz und Verantwortlichkeit einstehen. Integrität muss als Wählbarkeitsvoraussetzung im Bewusstsein verankert, Abhängigkeiten und Interessenkonflikte müssen offen und kritisch mitbedacht und angesprochen, Ämterhäufung in Staat und Partei eingeschränkt werden. Denn Vertrauen ist das Lebenselixier der Demokratie.

Marc Bauer (25) ist Jurist und Mitglied des Bundesvorstandes. Ihr erreicht ihn unter **marc.bauer@julis.de**

„Hier muss dringend was passieren“ – Von einer Stadt und einem, der an sie glaubt

Ein Porträt

„Guck mal, hab ich doch gesagt, in Rheinberg scheint immer die Sonne!“ Die Windschutzscheibe ist noch nass vom Regen auf der Hinfahrt, als wir in Elias Wahlkreis ankommen. Sobald wir von der Autobahn auf eine Landstraße einbiegen, reißt der Himmel aber wie versprochen auf und vor mir liegen Korn- und Maisfelder im Sonnenschein. Elias dreht sich also dreißig Sekunden nach meiner Ankunft das erste Mal ein bisschen stolz zu mir um und fragt: „Schön, oder? Hier würde man glatt Urlaub machen.“ Ich muss lachen: „Elias, ich hab doch noch gar nichts gesehen!“

Als wir uns auf den Weg in die Innenstadt machen, passieren wir wenige Häuser, zu denen er nicht zumindest eine kurze Anekdote erzählt. Während die Gebäude zu beiden Seiten der Straße dichter stehen, redet er schneller, fährt langsamer und kommt trotzdem nicht ganz hinterher. „Der Laden gehört den Eltern von einer Freundin“, erklärt er, dreht den Kopf und zeigt mir ein Sonnenstudio auf der anderen Straßenseite. „Und da haben zwei oder drei aus meiner Stufe mal gearbeitet. Da daneben ist Dönerladen eins von sechs in Rheinberg, ist aber nicht der beste.“ Ich versuche hinterherzukommen. Ein bisschen verwirrt schaue ich ihn von der Seite an, als er mir erklärt, welchen Ladenbesitzer jetzt eine Bekannte heiratet. Er lacht, als er meinen Blick sieht. „Elias, kennst du jeden in dieser Stadt?“, will ich wissen, er zuckt die Schultern. „Das sammelt sich halt so an. Ich wollte schon in der Schule immer möglichst viele Leute kennenlernen und nicht nur in einem Freundeskreis festhängen. Irgendwie habe ich’s geschafft, überall ein bisschen dabei zu sein.“ „Nützlich für die Kommunalpolitik?“, frage ich. „Möglich. Vor allem freue ich mich aber privat darüber. Ich habe zu vielen jetzt auch noch Kontakt, dann versinkt man weniger in der Parteiblase.“

„Also pass auf, grade sind wir in der Innenstadt, recht nah am Zentrum. Der Großteil von Rheinberg ist aber ein bisschen ländlicher, außerhalb.“ Tatsächlich finde ich mich wenige Minuten später auf einer Landstraße wieder und kann es mir nicht verkneifen, die Gretchenfrage des ländlichen Raums zu stellen: „Wie sieht es denn bei euch mit den Bussen aus?“ Elias grinst. „Ich könnte dir jetzt sagen, wir haben zu wenig, sagt ja jeder auf dem Land. Stimmt auch, hier fährt quasi nichts. Aber das ist ja nur die halbe Wahrheit – eigentlich fährt hier auch noch zu viel. Die paar Busse, die ein- oder zweimal am Tag kommen, nutzt kaum jemand. Ich bin früher auch öfter einfach Rad gefahren, zur Schule oder um Freunde zu besuchen. Der klassische ÖPNV rechnet sich für die Kommune vorne und hinten nicht, aber wir haben ja Alternativen.“ Er erzählt von privaten Bürgerbussen – ehrenamtliche Fahrer, die Ticketpreise nur zur Kostendeckung. Ich bin überrascht, überlege kurz, frage nach: „Wird das von der Kommune koordiniert? Wer hat das denn angestoßen?“ „Ne, das läuft wirklich vollständig privat. Da hatten einfach ein paar Leute Lust, was besser zu machen, und haben was auf die Beine gestellt – ich finde das auch ziemlich beeindruckend. Das hilft wirklich vielen, vor allem älteren Leuten.“

Auf der Tour durch die umliegenden Dörfer redet Elias schnell und viel. Das Auto schiebt sich zwischen Häusern, Höfen und Wiesen hindurch, zu denen er Geschichten erzählt; persönliche Erlebnisse, politische Diskussionen, deren Gegenstand sie waren. „Elias?“, frage ich plötzlich und er hält inne. „Glaubst du eigentlich, dass Politik dein Verhältnis zu

Rheinberg verändert hat?“ Zum ersten Mal schweigt er. Wir fahren ein paar Sekunden lang still weiter, bis er seine Antwort gefunden hat und sie formuliert: „Ja. Zum Positiven.“ Er macht eine kurze Pause und sucht nach Worten, bevor er weiterspricht, ruhiger und ernster als in seinen Anekdoten über Restaurantbesitzer und Kindergartengründungen. „Ich glaube, wenn man in der Politik mitreden will, muss man die Stadt, in der man aufgewachsen ist, ein bisschen aus neuen Perspektiven sehen. Ich überlege mir jetzt nicht nur, was für mich relevant ist, sondern auch, was andere hier brauchen und verdienen.“ Ich nicke. Nach kurzem Überlegen fügt er hinzu: „Und ich glaube, ich bin auch eher… dabei.“ Ich schaue ihn fragend an, er lacht. „Also weißt du, ich meine, man kriegt halt mehr mit von Debatten um Finanzierungen, Interessenkonflikte. Ich weiß mehr, als ich vorher wusste, ich kann kommunale Entscheidungen besser nachvollziehen. Ich glaube, ich hab die Stadt dadurch ein Stück weit…“ Er macht eine allumfassende Handbewegung. „Quasi neu kennengelernt. Ich wohne nicht mehr einfach hier, sondern ich bin bei Diskussionen und Entscheidungen dabei.“ „Also würdest du sagen… eine Bereicherung?“ Er nickt: „Auf jeden Fall. Vorher habe ich ja auch viele Potenziale, die die Stadt hat, gar nicht so gesehen.“

Das Wort „Potenzial“ fällt oft. Potenzial habe die Stadt eigentlich auch für Touristen, erzählt Elias, während neben uns ein Deich vorbeizieht, der mich tatsächlich an meine Sommerurlaube an der Ostsee zurückdenken lässt. Die Ebene ist weitläufig, flach; bis der grasige Erdwall ein paar hundert Meter vor einem Waldstück einen Bogen schlägt, kann man ihm mit den Augen folgen. „Wir wollen die Deiche begehbar machen, sodass man darauf spazieren oder Rad fahren kann. Du musst zugeben, dass das cool wär, guck mal, wie schön das hier ist.“ Er bremst das Auto ab. Ich betrachte den Deich im Sonnenlicht, stelle mir dahinter das breite Flussbett des Rheins vor und stimme zu.

„Ich finde ja, Rheinberg“, stellt er fest, als wir weiterfahren, „Rheinberg ist einfach die beste Stadt der Welt.“ Ich schaue ihn von der Seite an und kneife die Augen zusammen. „Du bist ja auch hier geboren“, versetze ich kritisch. „Liegt’s vielleicht daran?“ Er lacht kurz. „Nein, das meine ich nicht, obwohl ich schon sagen würde, dass ich hier eine wirklich schöne Kindheit hatte. Guck mal, das dahinten war mein Kindergarten! Als ich damals gehen musste, hab ich geweint, das weiß ich sogar noch.“ Das kleine Gebäude liegt eingefasst zwischen Wiesen und ein paar Bäumen, relativ abgelegen. „Aber trotzdem glaube ich ja nicht nur an diese Stadt, weil ich hier aufgewachsen bin. Sondern auch, weil ich sehe, dass die Region viel Potenzial hat – rein rational. Die Nähe zur Großstadt, die Landschaft, die Leute hier… Nach der Schule bleiben ja auch viele, das hast du nicht überall. Da kann man schon ein bisschen stolz drauf sein.

Bildnachweis: © Lukas Spitzer

Wenn du durch Rheinberg läufst, triffst du mit ein bisschen Glück noch meine halbe Stufe."

Wir sitzen in einem Café mit Blick auf den Marktplatz. Bunte Fassaden und sorgfältig beschnittene Bäume verleihen der Szene ein freundliches, bürgerliches Gesicht. Ich drehe mich zu Elias um. „Warum machst du kommunal eigentlich so viel? Wenn Rheinberg die beste Stadt der Welt ist, läuft's doch scheinbar schon gut bei euch. Wozu der Aufwand?" Er schüttelt den Kopf, fast ein bisschen ungeduldig, als würde ich seinen Punkt nicht verstehen. „Hier muss dringend was passieren. Die Stadt hat das so sehr verdient, die Chancen sind groß, aber eben zum Großteil ungenutzt. Wir haben keine Touristen hier. Die Radtour, von der ich dir erzählt habe, funktioniert ja nicht, die Deiche sind gesperrt. In der Innenstadt steht einiges leer und die Verwaltung ist manchmal echt eine Katastrophe." Er gibt Milch in seinen Kaffee, während er hinzufügt: „Das ist schade, die Bürger hier haben mehr verdient." Er klingt älter als die 18 Jahre, die er ist. „Warum grade du?", hake ich nach. Er lacht. „Das frage ich mich allerdings auch manchmal, eigentlich könnte das ja auch wer anders machen und ich lege mich in meinen Garten." Seine Finger trommeln auf der Tischkante. „Aber wenn du eine Aufgabe siehst und glaubst, dass du sie lösen kannst – dass du sie vielleicht sogar ein bisschen besser lösen kannst als andere, dann würdest du dich doch auch nicht raushalten und warten, ob nicht jemand anderes das übernimmt. Ist ja eine Frage von Verantwortung – und außerdem ist nur im Garten liegen auch nicht meins. Ich bin gerne aktiv hier, ich glaube, mit den JuLis bringen wir in die FDP viel Energie, viel Lust, wirklich zu arbeiten."

Wenn er von den anstehenden Wahlkampfaktionen, von seinem Kampagnenplan spricht, hört man das heraus. Elias erzählt wortreich, bildlich. Er redet noch immer schnell, fast als wolle er sicherstellen, dass kein Detail aus Zeitgründen verloren geht. Manchmal, wenn ich über seinen Enthusiasmus lache, zieht er die Augenbrauen kritisch zusammen. Ich frage nach dem Verhältnis zwischen JuLis und FDP in Rheinberg. Elias wiegt seinen Kopf, erklärt, das wäre im Großen und Ganzen gut. Manchmal würde aber eine Mentalität dazwischenkommen, die auch in JuLi-Kreisen nicht unbekannt ist: „Das haben wir noch nie so gemacht und es hat doch trotzdem irgendwie geklappt."

Das sei nicht nur für Leistung und Engagement in einem Verband Gift, sondern meistens auch schlicht falsch. „Natürlich konnte man früher auch ohne Online-Wahlkampf, Instagram und Facebook Wahlen gewinnen. Heute sieht es eben anders aus. Ich poste ja nicht so viel auf Instagram, weil ich gerne Influencer werden möchte, sondern weil man über die Plattform Menschen am politischen Geschehen beteiligen und erreichen kann. Zum Beispiel, um sie davon zu überzeugen, dass Rheinberg einen Stadtmanager verdient hat. Eine digitale Verwaltung braucht. Leerstände in der Innenstadt beenden muss." Das wüssten aber die meisten FDPler auch, beeilt Elias sich, klarzustellen. Und allgemein laufe die Zusammenarbeit auch sehr gut, auf der Liste finden sich immerhin sieben JuLis. „Von vielen FDPlern profitieren wir als JuLis auch wirklich", ergänzt Elias seinen Gedankengang. „Hast du ‚Auf den Schultern von Riesen' gelesen? Umberto Eco beschreibt eigentlich ganz gut, dass viel von den fortschrittlichen Gedanken und neuen Ideen, die wir haben, nur auf Basis einer Vorarbeit der Generation vor uns möglich ist. Auch wenn wir die oft belächeln und unsere Ideen oder Arbeitsweisen für weit überlegen halten. Ich finde, das vergisst man oft."

Als wir Rheinberg schließlich verlassen, umfängt uns auf der Autobahn wieder ein leichter Nieselregen. Elias studiert in Düsseldorf, die Strecke nach Rheinberg fährt er etwa zwei bis drei Mal die Woche. Ob das nicht umständlich ist, ob da nicht ziemlich viel Zeit verloren geht, will ich wissen. Elias zuckt die Schultern: „Geht. Kommunalpolitik ist ja nicht einfach ein Hobby, was ich dienstagabends mal mache, wenn ich Zeit und Lust habe. Wir wollen ja wirklich was erreichen, ich wusste von Anfang an, worauf ich mich hier einlasse. Und ich glaube, die Stadt ist das wert."

Anne Wickborn (19) studiert Medizin in Düsseldorf und ist Chefredakteurin des Magazins der JuLis NRW. Ihr erreicht sie unter **anne.wickborn@julis.de**

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort wie Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate, Messe- und Kongressequipment oder Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller und Visitenkarten im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch auf www.thinkliberal.de!

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation
Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Ihr Shop für FDP-Werbemittel

Schnauze voll von Politik 4

Vertrauen schwindet durch leere Wahlversprechen, korrupte oder kriminelle Regierungen und Politiker, die vergessen, wofür sie stehen. „Politiker XY mag ich nicht. Er ist listig und hinterhältig.“ Bei vielen Bürgern manifestiert sich ein Urmisstrauen in die Politiker und die Regierungen. Woher kommt das? Ist es überhaupt gerechtfertigt? Wie lässt sich dieser Trend international beobachten?

In Israel gehen die Menschen aktuell auf die Straße und demonstrieren, weil ihr Regierungschef immer noch die Zügel fest in der Hand hält. Gegen ihn läuft ein Korruptionsprozess. Der Vorwurf, er habe sich für politische Gefälligkeiten reich beschenken lassen, macht viele Bürger wütend, während sie mit geringem Einkommen über die Runden kommen müssen. Korrupte und kriminelle Politiker sind kein Einzelfall. Wo Macht ist, ist auch Geld, und wo Geld ist, ist auch Macht. Bereits im 19 Jahrhundert wusste Lord Acton: „Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.“ Die Versuchung in der Politik ist also dauerhaft gegeben und wird durch zunehmenden Lobbyismus und sinkende Transparenz verstärkt. Nachvollziehbar, dass der ein oder andere da nicht widerstehen kann. Mindestens genauso nachvollziehbar die Reaktionen in der Gesellschaft: wachsender Unmut, sinkende Sympathie und viele Politiker unter Generalverdacht.

Ein anderes Beispiel beobachten wir gerade in Berlin: Die Steuerhinterziehung von Katrin Lompscher (Die Linke), Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, kam ans Licht und zwang sie zum Rücktritt. Zusätzlich zu ihrem Senatoren-Gehalt von knapp 14.000 Euro brutto monatlich bekam sie für ihre Tätigkeit bei der Investitionsbank und der Tempelhof Projekt GmbH jährlich knapp 8.000 Euro. „Bedauerlicherweise musste ich feststellen, dass ich das versäumt habe“: ihre Antwort, als sie mit fehlenden Steuerangaben konfrontiert wurde. Ob man den Bürger für dumm verkaufen möchte oder dieses „Versäumnis“ tatsächlich ohne Vorsatz stattgefunden hat, kann jeder für sich selbst entscheiden. So oder so wirft dieses Ereignis kein positives Licht, weder auf Politiker noch die Politik im Allgemeinen.

Doch auch die unerfüllten Wahlversprechen der Politiker generieren Zweifel. Warum diese nicht immer erfüllt werden, hat verschiedene Ursachen: der falsche Koalitionspartner, mangelndes Budget oder eine plötzlich auftretende Pandemie. Doch die Ursache ist dem Bürger egal. Wenn Max und Lisa sich entscheiden, die SPD zu wählen, weil diese verspricht, ihren Mindestlohn anzuheben, und nach vierjähriger Amtszeit immer noch nicht die versprochenen 12 Euro pro Stunde umgesetzt wurden, sorgt das für Entrüstung. Aktuell beträgt dieser 9,35 Euro – es wird sich zeigen, ob Hubertus Heil im letzten Jahr der Legislaturperiode noch etwas reißen kann. Natürlich ist es einfach, mit dem Finger auf andere zu zeigen, vor allem, wenn man sich aktuell in der Opposition befindet und nicht die Mehrheit im Bundestag hat, um die Wahlversprechen umzusetzen. Aber auch dies ist keine Ausrede. 2017 haben wir uns aktiv dafür entschieden, nicht in die Regierung einzutreten, weil wir davon überzeugt waren, dass wir die Versprechen, die wir unseren Wählern gegeben haben, nicht erfüllen könnten. Damals haben wir das Vertrauen verloren und sollten nun alles daransetzen, dieses wiederzugewinnen.

Wahlversprechen werden missbraucht. Diese Tendenz ist ubiquitär. Putin versprach bis 2020 die Schaffung von 25 Millionen neuen hochtechnisierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen, die Erhöhung der Reallöhne um 50 Prozent und die Steigerung der Lebenserwartung auf 74 Jahre. Überraschenderweise wurden weder diese Ziele erreicht noch ist mit der Umsetzung der weiteren Pläne wie beispielsweise der Digitalisierung der Wirtschaft und dem Aufbau eines flächendeckenden 5G-Netzes bis 2024 zu rechnen. Stattdessen: externale Schuldzuweisung und Aufschiebung des Zielzeitpunktes. Andere Beispiele: die Pkw-Maut, der Soli oder die Mehrwertsteuerdebatte 2005 (es kam letzen Endes zu einer Erhöhung, nachdem die SPD sie unverändert lassen und die CDU sie um 2 Prozent senken wollte) in Deutschland, das Haushaltsdefizit in den USA und die Rentenreform in Frankreich; die Liste ist endlos.

Googelt man politische Skandale, so sind Begriffe wie die „Watergate-Affäre“, der „Ibiza-Skandal“ und unzählige Rücktritte aufgrund von Fehlverhalten offensichtlich. Vetternwirtschaft, Lobbyismus und Beschäftigungen von vielen Politikern in der Privatwirtschaft: Gerhard Schröder, welcher nach seiner Amtszeit als Bundeskanzler zu Gazprom ging, Sigmar Gabriel, der ehemalige SPD-Chef und aktuell politischer Berater der Eurasia Group, Andrea Nahles, die jetzige Präsidentin der Bundesagentur für Post und Telekommunikation, oder Ronald Profalla, welcher vom Kanzleramtschef und Minister für besondere Aufgaben zum Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn wurde (dafür qualifizieren ihn zusätzlich abgeschlossene Studien der Sozialpädagogik und Rechtswissenschaft). Selbstverständlich stehen viele Politiker als Personen des öffentlichen Lebens und Verantwortungsträger unter ständiger Beobachtung der Medien, umso mehr sollte das eigene Auftreten und Verhalten analysiert und reflektiert werden.

Doch dieses Jahr konnten wir auf psychologischer Ebene eine besondere Entwicklung beobachten. Als in sämtlichen Ländern die Angst wuchs, die Sicherheit sank, war es eine stabile Regierung, die Vertrauen gewinnen konnte. Genauso schnell wie das Vertrauen sinken kann, kann es also auch wieder ansteigen. Man stelle sich ein wankendes Grundgerüst und einen kleinen Windhauch vor und schon taucht die Regierung als großer, starker Retter auf. Wir lernen also: Vertrauen ist kein stabiles Konstrukt. Es kann durch viele politische Ereignisse, wie Finanzkrisen, Umweltkatastrophen und Enthüllungsgeschichten, beeinflusst werden. Kompetente und prinzipientreue Personen können das Vertrauen der Bürger gewinnen.

Was können wir also aus dieser Analyse mitnehmen? Wie schaffen es politische Akteure, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen und dieses auch langfristig zu halten? Sympathie, Charisma und ein gesundes Selbstbewusstsein sind genauso wichtig wie Fleiß, Mühe und auch Umsetzungen der Wahlziele. Es wäre naiv, zu erwarten, dass sämtliche Wahlziele umgesetzt werden können, doch sollte das Instrument des Wortes nicht allzu oft missbraucht werden. Mir wurde als Kind immer die Geschichte eines Jungen erzählt. Er verärgerte seine Mitmenschen im Dorf, indem er sie ständig fälschlicherweise um Hilfe rief, weil ein Wolf ihn angeblich angreifen würde. Als dann eines Tages tatsächlich ein Wolf kam, nahm keiner seine Rufe ernst und er wurde zerfleischt. Übertragen wir diese Geschichte auf uns, so können wir daraus die Macht des Wortes, der Ehrlichkeit und des Vertrauens mitnehmen. Ein Missbrauch führt früher oder später zum Zerfleischen durch Medien und Gesellschaft.

Isabel Lutfullin (19) studiert Humanmedizin an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster und ist stellvertretende Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe NRW. Ihr erreicht sie unter **Isabel.lutfullin@gmx.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com © chokniti

Eure Bücher des Sommers

Die Tage werden wieder kürzer, die Luft kälter und der Regen häufiger – unser Sommer neigt sich dem Ende zu. Wir haben euch gefragt welche Bücher euch begleitet haben; hier das Ergebnis. Vielleicht findet der eine oder andere ja Inspiration für eine Herbstlektüre!

Rainer Zitelmann:

Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung

Kapitalismus wird von manchen politischen Akteuren zum Kampfbegriff stilisiert. Rainer Zitelmann zeigt in seinem Buch durch die Abgrenzung zum Sozialismus auf, welche Kräfte der freie Markt entfalten und welchen Mehrwert und sozialen Ausgleich er den Menschen bringen kann. Ein Muss für jeden Wirtschaftsliberalen, um die eigene Argumentation zu schärfen, aber auch für jeden, der „das System“ kritisch sieht und eine andere Sichtweise auf die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus bekommen möchte.

gelesen von Sven Kliebe

Andrew Ross Sorkin:

Too Big to Fail

Nacherzählung der Finanzkrise 2008 aus zahlreichen Interviews mit beteiligten Top-Managern (CEOs, CFOs usw.). Spannende „Live“-Darstellung der Kämpfe in Regierung und Wall Street vor und nach der Lehman-Pleite. Großartiges Buch, unglaublich fesselnd, man fühlt sich, als wäre man bei allen Meetings am Tisch. Allerdings auch gut lesbar für „Fremde“ in der Finanzbranche. Bisher bestes Buch über Finanzkrise!

gelesen von Fabian Schefczik

Friedrich August von Hayek:

Der Weg zur Knechtschaft

Es geht um die Entfremdung des Einzelnen vom Markt und es wird klar hinterfragt, welche staatlichen Maßnahmen nötig und welche unnötig sind. Auch wenn du die Position von FAH nicht stützt, so versucht der Autor doch, zu überzeugen. Er regt zur Diskussion und zum Hinterfragen der eigenen Position an. Hayek mag eine streitbare Person sein, aber er versucht den Zustand der jetzigen Zeit abzubilden.

gelesen von Alexander Binding

Erich Kästner:

Der Gang vor die Hunde

Moralischer Verfall der Weimarer Republik. Wunderbares Buch, erschreckend, was Kästner 1931 schon beschreibt und befürchtet, was später dann eintreffen sollte.

gelesen von Joachim Krämer

Amaryllis Fox:

Life Undercover

Superspannendes Buch für alle, die einmal aus erster Hand von einer ehemaligen Geheimagentin der CIA über ihre Arbeit erfahren wollen. Sie erzählt auf verschiedenen Ebenen von ihren Missionen, der Vereinbarkeit von Kind und Karriere und wie sie als Insiderin die US-Geheimdienst- und Außenpolitik der letzten Jahrzehnte erlebt hat. Ich habe es innerhalb eines Tages durchgelesen, da es so fesselnd war!

gelesen von Victoria Hentzen

Horst Bosetzky:

Kempinski erobert Berlin

Es geht um den jungen Einwanderer Berthold Kempinski (1843–1910) aus Ungarn, der in Berlin eine Weinhandlung und später ein Restaurant, Hotel und Weiteres aufbaut und den Grundstein für die älteste europäische Luxushotelgruppe legt, welche bis heute besteht und durch die Einzigartigkeit jedes Hauses heraussticht.

gelesen von Johannes Radke

Caroline Criado-Perez:

Unsichtbare Frauen

Handy zu groß, Kloschlange zu lang, Temperatur im Büro zu kalt – Dinge, die Frauen im Alltag stören, haben oft denselben Ursprung: den sog. Gender Data Gap. Statistische Daten sind nämlich nahezu männerbezogene Daten. Als Ergebnis haben Frauen mit zu großer Sicherheitskleidung, unpassenden Uniformen, höherer Verletzungsgefahr im Straßenverkehr und falsch dosierten Medikamenten zu kämpfen. Während manches nur nervig ist, sind andere Dinge tödlich. Auf 500 Seiten belegt die Autorin Caroline Criado-Perez mit zahlreichen Studien, dass unsere Welt für Männer gemacht ist und die Hälfte der Weltbevölkerung links liegen lässt.

gelesen von Daria Jablonowska

Konrad Paul Liessmann:

Bildung als Provokation

Liessmann, ein Abgeordneter der SPÖ in Österreich, stellt den Wandel in der Bildungspolitik in seinem Buch „Bildung als Provokation“ infrage. Neben kritischen Äußerungen zur Entwicklung der Bildung führt er durch die Geschichte der Idee Europa. Er erzählt von seinen Vorstellungen und kritisiert die Politik für die Anpassung der Bildung an die Bedürfnisse des Marktes.

gelesen von Nils Allersmeier

Bildnachweis: stock.adobe.com © Photographee.eu

„Stille Liebe zur Planwirtschaft?“

„Stille Liebe zur Planwirtschaft?“ – so titelte das Allensbach Institut für Demoskopie ihre im Jahr 2013 erschienene Studie, in der das wirtschaftliche Verständnis von Schülern in Deutschland untersucht wurde. Und das nicht ohne Grund, denn die Ergebnisse der Studie zeigten, dass das schülerische Verständnis unseres Wirtschaftssystems mangelhaft ist. Mehr noch wurde deutlich, dass Schüler und auch viele Studenten hierzulande bei Mechanismen wie Preisbildung oder Güterverteilung den Staat meist als zentrales Exekutivorgan der Wirtschaft benannten. Zudem teilen auch viele Schüler zeitgleich staatsinterventionistische Argumentationen. Diese Ergebnisse spiegeln sich in zahllosen Studien zu diesem Themenbereich und es ist davon auszugehen, dass es innerhalb der Gesamtbevölkerung höchstens marginal besser um das Wirtschaftswissen bestellt ist. Woran liegt das? Woher kommt die „stille Liebe zur Planwirtschaft“? Warum gibt es so wenig Vertrauen in Märkte?

Bildnachweis: stock.adobe.com ©andrei

Wirtschaftsordnung Marktwirtschaft

Das Jahr ist 1776; während die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit erklären und so den Kampf um Freiheit durch die Amerikanische Revolution beginnen, findet in Schottland im selben Jahr eine intellektuelle Revolution statt. Der Auslöser ist das Werk des schottischen Moralphilosophen Adam Smith „The Wealth of Nations“, der so zusammen mit seinem philosophischen Magnum Opus „The Theory of Moral Sentiments“ gleich eine intellektuelle Disziplin neu gründete: die Ökonomie. Zwar datieren theoretische Überlegungen zur Konzeption der Wirtschaft bereits auf die Antike, aber diese klassische Nationalökonomie hatte die Art, Wirtschaft zu betreiben, grundlegend revolutioniert.

Die Wirtschaftssysteme der Monarchien des Mittelalters und der frühen Neuzeit wurden durch die starren Strukturen des Feudalismus dominiert. Wirtschaften bestand, insbesondere in der merkantilistisch geprägten frühen Neuzeit, aus willkürlicher Ländereienverteilung durch den Monarchen und die jeweiligen Fürsten, die im Gegenzug immer höhere Abgaben und Steuern verlangten, vor allem um teure Kriege zu finanzieren. Das System war meistens sehr kleinstaatlich ausgelegt, beschränkt durch ein Währungsmonopol des Königshauses und hohe Zölle, die den zwischenstaatlichen Handel stark behinderten.

Doch Smith leitete aus seinen Beobachtungen der lokalen schottischen Wirtschaft her, dass diese starke Lenkung der Wirtschaft durch eine zentrale Stelle gar nicht nötig, sondern sogar kontraproduktiv war. Preise ließen sich viel besser dadurch bestimmen, indem Menschen ihre Arbeitskraft oder

Produkte frei auf dem Markt anbieten konnten und durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage sich Preise viel flexibler einstellen ließen. Darüber hinaus waren Preise plötzlich nicht nur Ausdruck königlicher Willkür, sondern vor allem auch eine Quelle von Informationen, die für jeden leicht verständlich zeigten, welche Güter selten oder gewöhnlich waren. Diese Erkenntnis, dass der Preisbildungsmechanismus des Marktes durch Angebot und Nachfrage und die Produktivitätssteigerung durch Arbeitsteilung und Handel deutlich effektiver als staatliche Lenkung sind, hat das moderne Verständnis von Wirtschaft nachhaltig geprägt. Smiths Ideen und die Weiterentwicklungen durch neoklassische Denker wie David Ricardo schufen die Grundlage für unser freiheitliches Wirtschaftssystem – die Marktwirtschaft.

Woher also die Liebe zur Planwirtschaft?

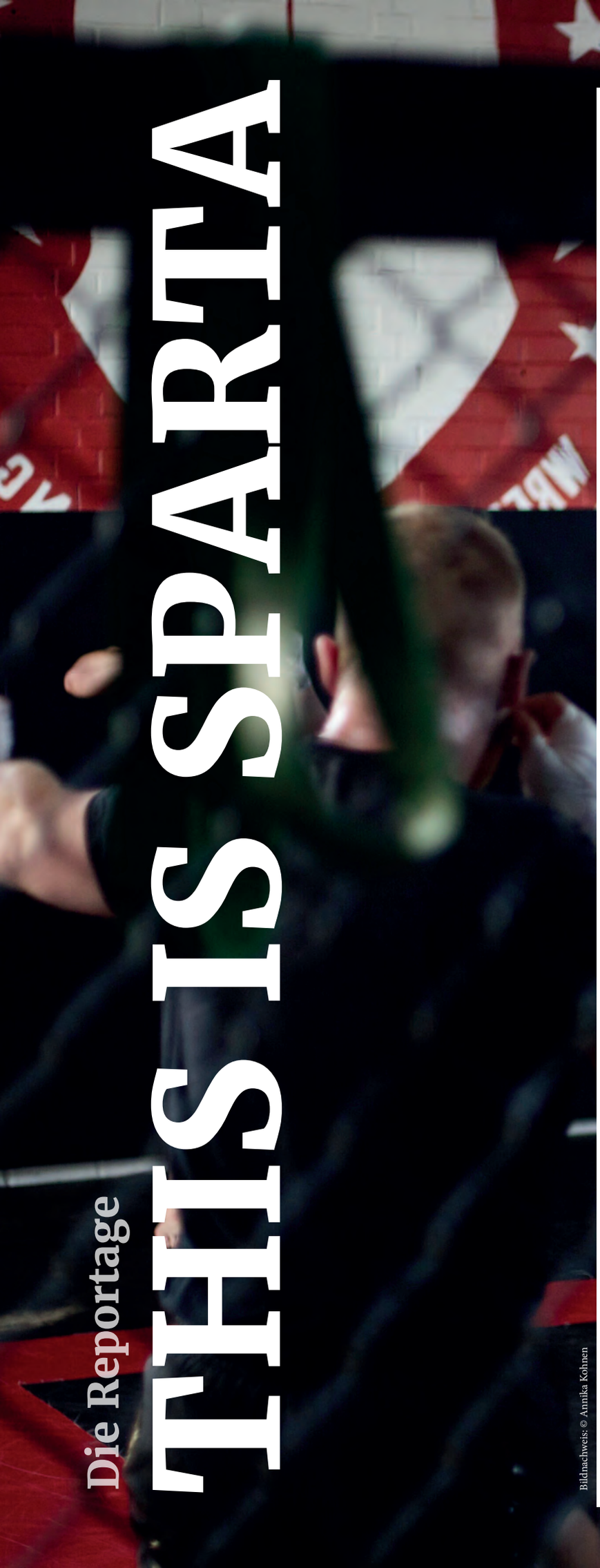
Die Einführung der Marktwirtschaft ist objektiv gesehen eine Erfolgsgeschichte. Kein Wirtschaftssystem hat jemals mehr Wohlstand erzeugt, mehr Armut reduziert oder mehr Menschen zu Freiheit verholfen. Woher kommt also diese Affinität zur staatlichen Intervention? Zunächst muss man festhalten, dass eine Affinität zum Etatismus nicht unbedingt ein Misstrauen in Märkte bedeutet. Dafür spricht auch, dass viele Schüler in derselben Allensbach-Studie angeben, dass sie mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ grundsätzlich Positives assoziieren. Das erscheint zunächst widersprüchlich.

Der Grund scheint allerdings vor allem in dem Problem zu liegen, dass das Verständnis unseres Wirtschaftssystems in der Bevölkerung schlicht mangelhaft ist. Für viele Schüler und auch Erwachsene ist es der Staat, der Preise bestimmt oder Geld und Güter verteilt. Schließlich ist diese Erklärung unserer Wirtschaft auch deutlich simpler als das komplexe Konzept des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage in einer Marktwirtschaft. Diese Staatsgläubigkeit setzt sich zudem in staatlichen Institutionen, wie es viele Schulen sind, deutlich einfacher fest und so sind viele Schüler auch keinen anderen Ideen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass viele populistische Kräfte – insbesondere der politischen Linken – zu ihrem politischen Vorteil den Kapitalismus, den Neoliberalismus oder „die Wirtschaft“ zu politischen Kampfbegriffen gemacht haben und den Staat als Retter stilisieren. Wir haben also grundlegend kein Problem des Misstrauens in Märkte, sondern vielmehr ein Problem des Verständnisses des Systems der Marktwirtschaft.

Vertrauen in die Marktwirtschaft schaffen

Diese Ausgangssituation ist gerade für Liberale hochgradig unbefriedigend. Doch ich bin der Meinung, dass wir sie als Chance begreifen müssen. Der Liberalismus hat stets dafür gekämpft, den Bürger zu einem mündigen Menschen zu bilden. Daher kann die Antwort auf das Unverständnis nur die Bildung der Menschen und insbesondere der nächsten Generation sein. Denn sobald die grundlegenden Konzepte hinter der Marktwirtschaft verstanden sind, ist das Prinzip des Wirtschaftens etwas intuitiv Menschliches, wie Adam Smith bereits richtig erkannte. Denn die Wirtschaft ist nicht der Staat, die großen Konzerne oder „die da oben“, die strukturell das hart arbeitende Volk ausbeuten. Die Wirtschaft sind wir alle, die täglich in freiwillige Interaktionen eintreten, die zum beiderseitigen Vorteil des Anbieters und des Nachfragers sind. Wirtschaft ist also auch immer Vertrauen. Vertrauen auf die rahmengebende Struktur unserer Wirtschaftsordnung und Vertrauen in unsere Mitmenschen. Denn jemand wird hier nicht reich, indem er jemandem etwas wegnimmt, es sei denn, es ist der Staat. Nein, die meisten Menschen sind reich geworden, weil sie ein Produkt oder eine Dienstleistung angeboten haben, die das Leben vieler Menschen bereichert hat. Diese Tatsachen sind essenziell für das Verständnis des Systems unserer freiheitlichen Marktwirtschaft. Und jeder, der sie kennt, hat intuitiv viel größeres Vertrauen in den Markt.

Alexander Kobuss (22) studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften im Master. Er ist stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik in Köln/Bonn und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Energie/Finanzen. Ihr erreicht ihn unter **kobuss@julis.de**



Bildnachweis: © Annika Kohnen

Die Reportage

THIS IS SPARTA

Mit einem verbissenen Gesicht, die kleinen Hände in den Boden gestemmt, kämpft er sichtlich gegen die Schwerkraft, als sich sein schmaler Oberkörper von der Matte löst. Schweiß steht ihm auf der Stirn, seine Augen sind starr nach unten gerichtet, bis sich der Blick kurz löst und über die anderen Kinder der Gruppe zuckt. „Zieht! Letzter jetzt!“, dröhnt eine tiefe Männerstimme. Letzte Kraftmobilisation, er beißt die Zähne zusammen und senkt im nächsten Liegestütz die Brust noch einmal dem Boden entgegen. Seine Ellbogen zittern leicht, als er sich wieder hochstemmt. Ein Schweißtropfen rinnt ihm von der Stirn und zerplatzt auf der schwarzen Matte. Entschlossen beißt er die Lippen zusammen und bietet alles auf, was die Oberarme noch hergeben. Endlich drückt er die Arme durch. Er atmet stoßartig aus, sein Kiefer entspannt sich. Er lässt sich auf die Knie fallen. Mit dem kurzen T-Shirt-Ärmel reibt er sich den Schweiß von der Stirn. Geschafft. Jemand klopft ihm auf die Schulter und sagt etwas, er lacht. „Gut, Jungs, stark. Alle aufstehen jetzt.“ Mit einer Kraft, die man ihm nicht mehr zugetraut hätte, springt er auf die Füße. Die Augen glänzen. Es geht weiter.

Mit ihm sind etwa zwanzig Jungen zwischen zehn und vierzehn auf der Matte. Sie trainieren neben einem Käfig mit Zäunen aus Drahtgeflecht und gepolsterten Balken. „Den nutzen wir für Mixed Martial Arts, da brauchst du den. Und manchmal auch als zusätzlichen Trainingsraum, wenn hier alles voll ist“, erklärt mir Kasim. Ihm gehört Sparta. Nicht das echte, ursprüngliche, sondern das Kampfsportstudio im Aachener Süden, in dem wir stehen. Vor drei Jahren hat er es eröffnet, seitdem trainiert er hier neben Kindern auch Jugendliche und Erwachsene – im Ringen, Boxen, Kickboxen und MMA vor allen Dingen. Insgesamt etwa 400 Leute sind hier angemeldet und kommen regelmäßig zum Training.

„Wollen wir uns raussetzen? Komm, wir setzen uns raus.“ Ich folge Kasim aus der Halle hinaus, er streift sich im Gehen ein T-Shirt über. Zwei Jungen von etwa dreizehn Jahren sitzen auf Plastikstühlen vor der Tür, als wir hinaustreten und den Schweißgeruch der Halle gegen die Sommerluft des Aachener Vororts tauschen. „Jungs, holt mal eine Bank“, bittet Kasim – beide springen auf und verschwinden, um kurz danach eine Bank ins Freie zu schleppen. Wir setzen uns. Der eine der beiden entfernt sich, der andere nimmt ein paar Meter vor uns wieder auf seinem Plastikstuhl Platz. Er zieht die Knie unter das Kinn und umschlingt die

THEODOR HEUSS AKADEMIE
Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

Willkommen auf dem #zauberberg

Veranstaltungsprogramm 2020

Wie entwickle ich meine Meinung?
Fachpolitische Seminare und Kongresse

Wie entwickle ich die richtige Strategie?
Workshops für politische Teams als Bestsellseminar

Wie vertrete ich meine Meinung?
Einsteiger- und Profitrainings für Meinungsbildner/innen: Rhetorik, politische Kommunikation und politisches Management

Was gibt es Neues auf dem #zauberberg?
Newsletter unter: **freiheit.org** abonieren!

Jetzt anmelden unter: tha.freiheit.org

Ansprechpartner: Herr Michael Postel
Theodor-Heuss-Akademie
Telefon +49 2261 3002-113
E-Mail michael.postel@freiheit.org

freiheit.org

Beine. Das Gespräch über wird er uns beobachten, nicht aufdringlich, aber mit einer durchdringenden Neugier. Wir schauen auf die Vorderseite der Halle, die von einer schwarzen Plane dominiert wird: „KKS Sparta“ prangt in roten Lettern auf dem dunklen Hintergrund, mit schmalen Sehschlitzen blickt ein stilisierter Soldatenhelm uns entgegen. „Das hier war ja eigentlich nur ein Zufall“, beginnt Kasim. „Ich habe eigentlich was Kleineres gesucht, nur für mich zum Training.“ Kasim – und das sollte man erwähnen, sonst ergibt die Geschichte wenig Sinn – ist selbst professioneller Ringer und MMA-Kämpfer. Er kennt den Käfig, der in seiner Halle steht, also schon länger von innen. „Aber dann habe ich in einem von unseren Kiosken einen Bekannten meiner Familie getroffen, den hab ich dann angesprochen. Der hatte sich die Halle hier eigentlich für private Zwecke gebaut, hat hier Partys gefeiert und Kunstrasen reingelegt, damit seine Kinder Fußball spielen konnten. Seit ein paar Jahren lag das aber brach.“ Zwei Männer mit Sporttasche kommen auf uns zu, einer lacht, während der andere erzählt. Bevor sie in der Halle verschwinden, treten sie zur Bank. Beide reichen Kasim die Hand. „Hallo, mein Lieber!“, begrüßt er beide. Auch mir schütteln die zwei die Hand, bevor sie sich umdrehen. „Na ja, und dann konnte ich das halt hier übernehmen.“ „Aber ihr zahlt Miete?“, frage ich nach. Kasim nickt. „Ja klar, aber das erste Jahr mussten wir nicht. Sonst wär das auch gar nicht möglich gewesen, ich brauchte ja erst mal Mitglieder und wir mussten hier was aufbauen.“ Sie finanzieren sich mittlerweile zum Großteil über Mitgliederbeiträge, zum Teil auch über private Sponsoren. Staatliche Unterstützung gab es keine.

Anne Wickborn (19) studiert Medizin in Düsseldorf und ist Chefredakteurin des Magazins der JuLis NRW. Ihr erreicht sie unter **anne.wickborn@julis.de**

Wieder in der Halle umfangen uns ein Stimmenwirrwarr und der allgegenwärtige Geruch nach Schweiß. Das Kindertraining scheint beendet, ein paar der Jungen packen ihre Taschen noch zusammen. Einer steht vor seinem Trainer auf der Matte. Seine schmalen Schultern bilden einen seltsamen Kontrast zu seinem Mentor, dem ich zutrauen würde, einen der Traktorreifen, die an der Wand lehnen, mit links durch die Halle zu werfen. Mit wachen, klaren Augen blickt der Junge hoch in das Gesicht des Älteren. Er hört zu, nickt eifrig, als der einige Bewegungen andeutet. Schließlich bekommt er einen kurzen Klaps auf die Schulter und läuft Richtung Umkleide. Er strahlt.

Als ich herkam, um etwas über Selbstvertrauen und Sport zu lernen, hatte ich erwartet, dass es um Leistung geht. Um Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, in den eigenen Körper, um Disziplin und Kampfgeist. Kasim sagt, das sei nicht alles. „Oft ist es auch Anerkennung, die man hier bekommt. Anerkennung für eigene Leistung, Motivation und die sozialen Kontakte, die man hier knüpft.“ Das Umfeld ist hier wichtig, der Umgang miteinander keine Nebensache. Es geht um Respekt voreinander, vor der Leistung der anderen und vor dem Training. Wer die Halle betritt, gibt Kasim meist die Hand und grüßt auch die anderen. Als ich etwas deplatziert in der Halle stehe, wird mir ein Stuhl angeboten, kurz danach halte ich eine kalte Flasche Wasser in der Hand. „Die familiäre Stimmung hier ist mir wichtig, wer nur kommt, um Blödsinn zu machen, kann gleich wieder gehen“, erklärt Kasim.

„Ey, ich schaff heute nicht so viel, das wird richtig schlimm, Kasim, mein Steißbein ist total im Arsch“, klagt eine Frau mittleren Alters. Ihr Arm ist tätowiert, die blonden Haare hat sie nachlässig zu einem Dutt gebunden. „Ist doch völlig egal, mach einfach, was du schaffst und so gut es geht“, ermuntert er. „Was nicht geht, das geht halt nicht.“ Sie nickt. „Ich hab Lukas auch schon Bescheid gesagt“, erklärt sie und zuckt die Schultern. Plötzlich ein Lachen. „Ich werd’s schon überleben, oder?“, fragt sie und dreht sich um, ohne eine Antwort abzuwarten. Sie ist vor allem hier, weil das Training ihr hilft, psychisch stabil zu bleiben, erzählt Kasim später. Manchmal, wenn sich etwas anbahnt, dann verschwinde sie

für Wochen. Aber die regelmäßigen Trainings, der Sport und der Kontakt helfen. Es ist „gesunder Kontakt“ – Kontakt mit Menschen, die etwas erreichen wollen. Die dafür hart arbeiten und einander mit Respekt begegnen. Das kann viel verändern; nicht nur für sie, auch für die Kinder und Jugendlichen, die herkommen.

„Na los, Jungs!“ Einer der Trainer klatscht in die Hände, als er an zwei Ledersesseln vorbeiläuft, um die sich ein paar Teenager versammelt haben. Die Jungen springen auf – schlaksig, wie sich das für 16-Jährige gehört, aber spornt sich gegenseitig an, tritt schneller und fester, bis die Rollen getauscht werden. Dann steckt man ein, hält stand und ermutigt das Gegenüber. Während ich beobachte, wie am anderen Ende der Halle Boxsäcke mit Schlägen bedeckt werden, frage ich Kasim, ob er glaubt, dass Kampfsport mehr Selbstvertrauen gibt als andere Sportarten. Ich erwarte ein Ja, erwarte eine Erklärung über Selbstverteidigung und Kampf und Körpergefühl. Kasim sagt Nein. Überrascht schaue ich ihn an. „Wenn du gerne Volleyball spielst, eine gute Volleyballspielerin bist und da viel erreichst, ist das genauso gut. Das ist einfach eine Frage von individuellen Vorlieben. Manche haben halt ein Talent für Kampfsport.“ Als ich meine Aufmerksamkeit wieder den Kämpfern im Ring zuwende, beginne ich zu verstehen. Die Tritte dauern an, vielen steht der Schweiß auf der Stirn, wer ohne T-Shirt trainiert, glänzt am ganzen Oberkörper. „Na los, Leute, ein paar noch, zieht durch!“ Ich kenne den Ausdruck in ihren Gesichtern vom Jungen mit den Liegestützen. Sie kämpfen, Kiefer malmen und hier und da hört man ein unterdrücktes Stöhnen. Die Beine sind schwer geworden, das Hochreißen kostet Kraft, die langsam ausgeht. Die Füße fallen schwerfällig zurück. „Noch vier Stück, na los!“ Ein Durchatmen, Schultern straffen sich. Die Gesichter sind verzerrt, aber entschlossen. Der letzte Tritt, dann Erlösung. „Schön, sehr gut! Gut gemacht.“ Man klopft sich auf die Schulter. Hier und da glänzen Augen, als man sich auf Runde zwei vorbereitet.

erstaunlich behände. Gehorsam traben sie hinter ihrem Trainer her und folgen ihm in einen der geräumigen Käfige. Er schließt die Gruppe von innen ein und stellt sich in die Mitte. Mit einem Kommando bringt er sie zum Laufen, im Kreis hintereinander her. Sie lassen die Arme kreisen, bücken sich zum Boden, springen in die Höhe. Er gibt kurze, scharfe Anweisungen, die in die Tat umgesetzt werden. Als sie sich im Kreis aufstellen, fliegen Tritte gegen unsichtbare Gegner. Kurz, rhythmisch und kraftvoll arbeiten die Sportler im Käfig sich an den Pseudo-Gegnern ab, bevor sie sich je zu zweit zusammentun. Sie ersetzen das eingebildete gegen das reale Gegenüber, überall sind dumpfe Schläge zu hören, wenn ein Fuß oder ein Schienbein auf Brust oder Oberschenkel trifft. Lauter allerdings hört man die Kommentare dazu: „Ja, schön! Komm, zieh durch, da geht noch was. Sauber!“ Man

Vertrauen in Unternehmen

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Blue Planet Studio

Vertrauen ist die Grundlage von Unternehmen. Das mag zunächst etwas seltsam klingen, da Unternehmen oft als abstrakte Gebilde wahrgenommen und z.B. juristisch oder politisch auch so behandelt werden. Immer mehr Aufgaben werden von zunehmend intelligenten Maschinen übernommen, Abläufe sind vorstrukturiert, Leistungen und Ergebnisse vom Controlling überprüft – wie wichtig soll da noch Vertrauen sein? Bei allem Respekt vor Hochtechnologie und künstlicher Intelligenz: Irgendwo sitzt immer noch ein Mensch, der Entscheidungen trifft, und bei Innovation und Fortschritt kommen die entscheidenden Impulse aus der menschlichen Kreativität. Vertrauen ist quasi das Schmiermittel der Maschine „Unternehmen“.

Vertrauen als Grundlage der Zusammenarbeit

Es beginnt schon bei der Personalauswahl, der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Grundsätzlich gilt zwar durchaus: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Aber natürlich ist es unmöglich, immer sämtliche Angaben nachzuprüfen. Es wird vielleicht in einzelnen Punkten oder stichprobenartig gemacht. Dank Google und Social Media kann sich heutzutage auch jeder niedrigschwellig einen schnellen Eindruck von einer anderen Person verschaffen. Im Prinzip verlässt man sich aber darauf, dass Angaben stimmen. Im Bewerbungsgespräch vertraut man seinem eigenen Bauchgefühl, ob ein authentischer Mensch vor einem sitzt. In der Regel war es das. Im Arbeitsalltag zeigt sich dann in der Regel recht schnell, ob Fachkompetenz und Persönlichkeit zum Unternehmen passen. Und von gefälschten Doktortiteln stirbt in der Regel niemand – wenn eine solche Lüge herauskommt, ist aber auch die Vertrauensgrundlage zerstört, egal, wie gut die Leistung und die Zusammenarbeit waren. Bei gefälschten medizinischen Approbationen kann das zwar schon anders aussehen, und hier mag über stärkere Fälschungssicherheit nachgedacht werden. Eine grundsätzliche Ausweitung von Kontrolle und Durchleuchtung durch Personalabteilungen kann ich als Liberale dennoch nur ablehnen. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, wie stark er oder sie den eigenen Lebenslauf schönt. Mit den Konsequenzen muss man dann aber auch leben. Vertrauen ist ein Grundzug des unternehmerischen Personalwesens.

Prinzipien der Führungskultur

Vertrauen und der Umgang mit Vertrauen setzen sich fort im Arbeitsalltag, so auch in der Führungskultur eines Unternehmens. Es gibt Unternehmen, die werden nach dem Prinzip der Angst geführt; Beschäftigte werden unter Druck gesetzt. In anderen Unternehmen zählt nur das Ergebnis, es gibt wenig feste Strukturen und viel Entscheidungsfreiheit auf allen Hierarchieebenen. Menschen kommen damit unterschiedlich gut zurecht. Druck kann als Orientierungshilfe empfunden werden, Freiheit als Orientierungslosigkeit. Was den einen Menschen motiviert, ist für den anderen ein Alptraum. Natürlich gibt es eine große Menge an Literatur und Fortbildungen zu „Trust-based Leadership“, denn praktisch alle Unternehmen müssen sich heutzutage Teamorientierung, Hierarchiearmut und Agilität auf die Fahnen schreiben. Die Grundausrichtung der Unternehmenskultur bleibt dennoch. Für beide Kulturen (ich habe hier aus Platzgründen nur zwei Extremformen genannt) gibt es sehr erfolgreiche Unternehmen, sowohl unter großen Konzernen als auch unter kleinen Firmen und unter Start-ups, unabhängig von der Branche. Ein leichter Trend zu mehr vertrauensbasierter Führung trifft im Zweifelsfall auf gewachsene und sehr feste Strukturen. Es hilft also nur, sich vorher zu informieren, wie das Unternehmen tickt, für das man sich interessiert. Leider hängt der Zugang zu diesen Informationen stark von der persönlichen Biografie ab. Unter diesem Aspekt wird die Einführung des Schulfachs Wirtschaft, in NRW als Pflichtfach ab 2020/2021 vorgesehen, auch dazu beitragen können, individuelle Lebensentscheidungen vor Fehlgriffen zu bewahren.

Vertrauensverluste in Krisensituationen

Krisenzeiten werden assoziiert mit Vertrauensverlusten: Vertrauen der Beschäftigten in ihr Unternehmen. Über die Börse das Vertrauen der Anlegerinnen und Anleger in ein Unternehmen. Vertrauen in die Geschäftsführung, ob sie das Unternehmen aus der Krise wieder herausführen kann. Wenn harte Einschnitte anstehen, ist das Vertrauen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat entscheidend für den Verlauf von Verhandlungen. In allen Situationen hilft es, vorher in den Aufbau von Vertrauen investiert zu haben. Wenn das Vertrauen vorhanden ist, zeigt sich jetzt seine Belastbarkeit. War es nie

Dagmar Saschek ist Unternehmensberaterin, Altstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Mitglied der FDP Düsseldorf und im Wahlkampfteam für die Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 2020 im Lenkungsteam Social-Media-Expertin für die politische Kommunikation. E-Mail: **dss@dagmarsaschek.de**

da oder eher klein, werden Lösungen nun umso schwieriger zu finden sein. Hinzu kommt: Ist die Krise hausgemacht? Dann kommen unterschwellige oder offene Schuldzuweisungen hinzu; daraus können Lager- und Grabenkämpfe entstehen – ein schwieriger Nährboden für Vertrauen in das große Ganze. Sind die Krisen aus Unternehmensperspektive exogen – also z. B. Ölkrise, Finanzkrise, Corona-Krise –, kann das zunächst zusammenschweißen. Dennoch greifen sehr schnell dieselben Mechanismen. In der Krise gilt es also, einem Vertrauensverlust schnell gegenzusteuern, und nach der Krise Maßnahmen zu ergreifen, um verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen. Denn in der Regel gilt: Nach der Krise ist vor der Krise, und dann ist Vertrauen ein Asset, eine wertvolle Ressource, die das Unternehmen benötigt. Erfahrungsgemäß anfällige Unternehmen sind häufig professionell vorbereitet, mit Risikomanagement, Störfallszenarien, Krisennotplänen und vorbereiteter Krisenkommunikation – bei Unfällen in Chemieunternehmen oder Flugzeugabstürzen beispielsweise sieht man das Krisenmanagement öffentlich wirken, auch mit dem Ziel, Vertrauen in das Unternehmen zu stabilisieren.

Vertrauensgewinn in Krisenzeiten als Impuls für Veränderungen

Gleichzeitig kann Vertrauen in Krisenzeiten auch wachsen. Die eine oder der andere hat vielleicht schon Situationen erlebt … Wenn die Nerven blank liegen, erkennt man den Charakter. Wenn man dann gemeinsam zusammensteht, weiß man, auf wen man sich verlassen kann. Da wächst Vertrauen. Dass Vertrauensgewinn in Krisen nicht nur im Kleinen, sondern auch im großen Stil entstehen kann, das erleben wir gerade live mit: Stichwort „Homeoffice“. Managementfachliteratur wie Tagespresse sind voll mit Hinweisen (und mit meinen persönlichen Eindrücken deckt es sich ebenfalls), wie lange es in wie vielen Unternehmen hieß, Homeoffice ginge gar nicht. Oder nur einzelne Beschäftigte, oder nur maximal einen Tag in der Woche. Jetzt waren komplette Abteilungen wochen- und monatelang im Homeoffice, und die Arbeitsabläufe in den Firmen gingen, nach anfänglicher Eingewöhnung in die Videokonferenztechnik, reibungslos weiter. Zur Klarstellung: Natürlich liefen nicht die Unternehmen an sich reibungslos weiter. Umsätze sind in einem Ausmaß weggebrochen, das wir so noch nicht erlebt haben, und wir stecken in einer tiefen Wirtschaftskrise. Das liegt aber nicht daran, dass im Homeoffice nicht ordentlich gearbeitet würde. Viele Vorgesetzte haben gezwungenermaßen erlebt, dass sie ihren Teams sehr wohl vertrauen können, auch von zu Hause aus ihre Arbeitsleistung zu erbringen. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, in die Vor-Corona-Zustände zurückzukehren, mit Berufsverkehr, auf den letzten Drücker das Kind aus der KiTa abzuholen und hektisch noch irgendwie die Einkäufe zu erledigen. Andere wiederum haben festgestellt, dass Homeoffice auf Dauer nichts für sie ist. Ich als Liberale begrüße es, dass dieser Weg zu viel individuelleren Arbeitszeitmodellen führt, die der und dem Einzelnen besser gerecht werden als fixe Strukturen. Dass die Sicherung unserer Wirtschaftskraft Vorrang hat, steht außer Frage, ist hier aber auch nicht das Thema.

Politik für Unternehmen ist Politik für Menschen

Vielmehr ist mir gerade in diesen Zeiten noch einmal mehr klar geworden, dass wir auch Politik für „Unternehmen“ am Ende immer für Menschen, für Individuen machen. Wenn wir die verschiedenen Politikfelder und Lösungsansätze ganzheitlich denken, können wir notwendige Veränderungen mit Verbesserungen der Lebensqualität für den Einzelnen verbinden. Dieses Vertrauen in liberale wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz habe ich.

Zahlreiche weitere Bereiche, in denen Vertrauen für Unternehmen eine zentrale Rolle spielt, sind hier aus Platzgründen unerwähnt geblieben: Innovation. Veränderung. Geschäftliche Transaktionen. Grenzüberschreitende Geschäfte. Umgang mit Geschäftsgeheimnissen. Etc. Auf staatliche und politische Institutionen sind viele Aspekte übertragbar, teilweise sind Abweichungen und Varianten zu berücksichtigen. Darüber diskutiere ich gerne an anderer Stelle weiter!

Back to the basics – Was ist überhaupt Vertrauen?

Ein Interview mit Franca Cerutti

Bildnachweis: stock.adobe.com © Bits and Splits

Wenn man im politischen Kontext an Vertrauen denkt, denkt man oft groß. Vertrauen in Institutionen, in den Menschen allgemein, in den Staat. Aber was ist eigentlich mit dem Alltagsvertrauen, dem Vertrauen zu Mitmenschen, Familienmitgliedern oder Freunden? Elias hat mit Franca Cerutti über den Begriff gesprochen. Franca ist Psychotherapeutin und Unternehmerin, Mutter von drei Söhnen und kandidiert für die Freien Demokraten bei der Kommunalwahl in Orsoy. In ihrer Freizeit ist sie Hobbyimkerin.

Franca, du kandidierst bei der Kommunalwahl in einem Wahlkreis für die Freien Demokraten. Dabei sprichst du davon, dass man dir sein Vertrauen schenken soll. Was ist damit gemeint – aus deiner Sicht als Psychotherapeutin?

Elias Sentob (18) leitet den Landesarbeitskreis „Gelungene Integration“ und studiert Wirtschaftschemie in Düsseldorf. Außerdem ist er Bezirksprogrammatiker vom Niederrhein.
Ihr erreicht ihn unter
elias.sentob@julis-nrw.de

Vertrauen ist sozialpsychologisch eine absolute Grundvoraussetzung für das Zusammenleben von Menschen ganz allgemein. Man muss in Gemeinschaften schon vom Wohlwollen anderer ausgehen und davon, dass der andere einem nichts Böses will. Vertrauen reduziert auch Komplexität: Ich als Individuum muss mich nicht um alles selbst kümmern, sondern ich schenke jemand anderem mein Vertrauen und meine Stimme. Und zwar demjenigen, dem ich zutraue, dass er meine Interessen wahrt und vertritt und mir nicht in den Rücken fällt.

Wie entsteht Vertrauen?

Das sogenannte Ur-Vertrauen scheint in uns Menschen angelegt zu sein. Und dann kommt es natürlich darauf an, welche Erfahrungen man in seiner Biografie macht. Menschen vertrauen jemandem, wenn sie das Gefühl haben, derjenige versteht sie, steht zu seinem Wort, versteht, was gebraucht wird und wo der Schuh drückt, und er setzt sich für eine diesbezügliche Linderung und Hilfe ein. In der Regel braucht Vertrauen einen persönlichen Kontakt. Es gibt wenige Organisationen, denen man vertraut, ohne den Menschen dahinter zu kennen. Mir würden da nur Ärzte ohne Grenzen einfallen. Gerade auch in der Politik ist das eine notwendige Voraussetzung, da man als Wähler jemandem die Stimme anvertraut, der sie für einen weiterträgt. Ein grundsätzliches Vertrauen wird Parteien nur ganz selten entgegengebracht.

Was passiert, wenn Versprechungen nicht gehalten werden?

Das ist das Problem in der Politik. Im römischen Recht sagt man „pacta sunt servanda“. Wenn man Vertrauen gewinnen möchte, muss man zu seinem Wort stehen. Verspricht man im Wahlkampf vollmundig eine Idee, die hinterher, aus welchen Gründen auch immer, nicht gehalten wird oder nicht gehalten werden kann, weil man zum Beispiel keine Mehrheit bekommt, schädigt das das Vertrauen ungemein und verstärkt vielmehr das Misstrauen. Das nehmen einem die Menschen persönlich übel.

Gibt es etwas wie ein grundsätzliches Misstrauen?

Im psychopathologischen Sinn gibt es so etwas auf jeden Fall, so gibt es zum Beispiel Erkrankungen, die damit einhergehen und dazu führen, dass man niemandem vertrauen kann. In der Regel ist es so: Je ängstlicher Menschen sind, desto weniger vertrauen sie. Solch ein Misstrauen entsteht zum Beispiel durch Enttäuschung, also dadurch, dass man Vertrauen häufiger mal in jemanden gesetzt hat und dann eben die Erfahrung machen musste, dass den Worten keine Taten gefolgt sind. Wer es mit ängstlichen Menschen zu tun hat, muss seine Vertrauenswürdigkeit und Integrität umso stärker unter Beweis stellen.

Vertraut man Menschen, die einem ähnlich sind, schneller als anderen?

Ja. In der Psychotherapie, die ja meine Arbeit ist, ist ein Hauptwirkfaktor die Größe der gefühlten Nähe zwischen Therapeut und Patient. So erlebe ich es ganz oft, dass mir, nur weil auf meiner Tür „Psychotherapeutin“ steht, ganz schnell vertraut wird und ich quasi Vorschusslorbeeren erhalte. Begünstigt wird das, wenn derjenige glaubt, dass ich einen ähnlichen Erfahrungshorizont wie er habe. Dass ich zum Beispiel in einer ähnlichen Gegend wohne, mit ähnlichen Problemen zu kämpfen habe, dass ich seine Lebensrealität möglichst teile. Das ist ebenfalls ein Problem in der Politik: Viele Wähler haben das Gefühl, „die da oben“ wissen gar nicht mehr, was sie in ihrer Lebensrealität belastet, da die Politiker oft so abgehoben erscheinen und von ihrem wirtschaftlichen und sonstigen Umfeld so weit weg leben, dass sie keine Nähe mehr zu ihren Wählern haben (und man ihnen deshalb nicht vertrauen kann). In der Kommunalpolitik ist das jedoch eine Chance, da man mit den Menschen direkt sprechen kann, ein Lebensumfeld teilt und so eine Nähe aufbaut. Menschen vertrauen nicht Umständen, nicht dem geschriebenen Wort, sondern Menschen vertrauen Menschen.

Wie würdest du die Entwicklung von Vertrauen gegenüber Parteien in den letzten Jahren beurteilen?

Ich habe das Gefühl, dass wir momentan in einer Zeit der großen Angst und des großen Misstrauens leben. Menschen sind überhaupt nicht mehr bereit, leicht zu vertrauen. Durch Social Media können Panik und Angst noch eher geschürt werden. Um das Vertrauen zurückzugewinnen, muss man das Gespräch suchen und sich vielleicht auch noch mehr erklären. Das Dilemma in der Politik ist immer, dass man auf Versprechungen oder Visionen angesprochen wird, die man selbst oder die Partei mal gemacht hat, die aber nicht oder nicht in kurzer Zeit umzusetzen sind. Deshalb muss man immer erklären, warum etwas so ist, und noch besser im Vorhinein nichts versprechen, was man nicht halten kann. Sonst fühlen sich die Menschen veräppelt und innerlich abgehängt, gerade wenn es zu oft passiert. Ist das Vertrauen einmal geschädigt, ist es ein sehr schwieriger Weg, es zurückzugewinnen.

Danke für das Gespräch!

LET'S TALK ABOUT FACTS BABY!

10

Bildnachweis: stock.adobe.com © Chris Titze Imaging

Wem vertrauen die Deutschen?

- Familie: 81 %
- Freunde: 63 %
- Partner/-in: 49 %
- Wissenschaft: 16 %
- Nachbarn: 10 %
- Justiz: 9 %
- Kollegen: 9 %
- Non-Profit-Organisationen: 7 %
- Kirchen: 5 %
- Banken: 5 %
- Internet: 3 %
- Gewerkschaften: 3 %
- Parteien: 1 %

Anteil der Menschen, die der Aussage „Die meisten Verschwörungstheoretiker sind Spinner“ zustimmen, nach Nation:

- Deutschland: 53 %
- USA: 32 %
- Großbritannien: 30 %
- Frankreich: 18 %

Antworten auf die Frage „Welchem Politiker vertrauen Sie am meisten?“

- Dem Bürgermeister/Ortsvertreter: 39 %
- Den Landespolitikern: 12 %
- Den Bundespolitikern: 5 %
- Den deutschen Spitzenpolitikern: 4 %
- Den Politikern an der Spitze großer Staaten: 3 %
- Keinem davon: 32 %
- Keine Angabe: 5 %

Anteil der Menschen, die der Aussage „Die meisten Verschwörungstheoretiker sind Spinner“ zustimmen, nach Parteizugehörigkeit:

- CDU/CSU: 60 %
- Grüne: 60 %
- SPD: 52 %
- Linke: 43 %
- FDP: 39 %
- AfD: 19 %

Wissenschaft und Gesellschaft – Ist diese Beziehung noch zu retten?

Anna Hommen (21) studiert Geographie, Städtebau und BWL an der Universität zu Köln. Sie ist stellvertretende Bundesarbeitskreisleiterin Umwelt, Verkehr und Bau. Erreichen könnt ihr sie unter **anna.marie.hommen@gmail.com**

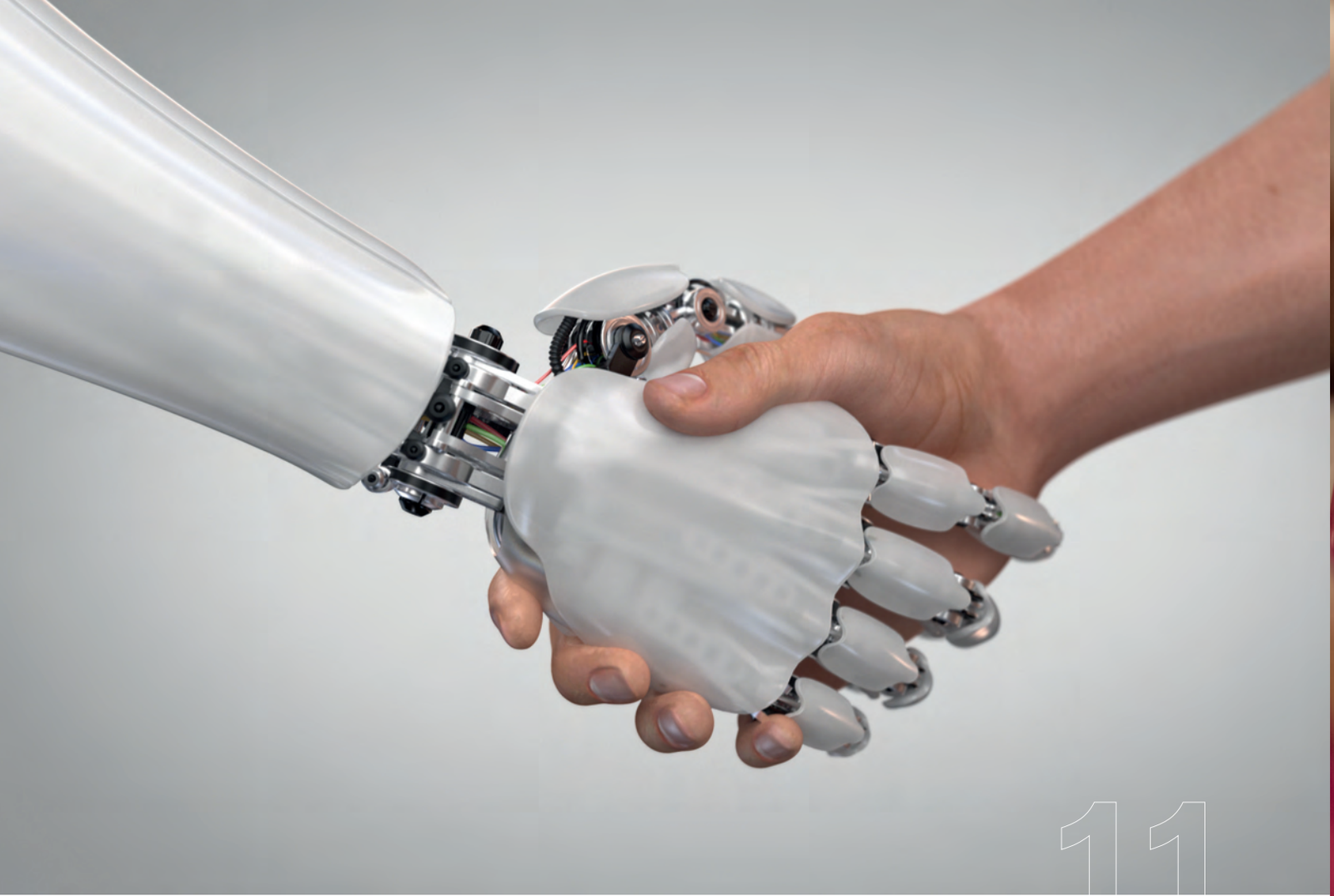
„Studien haben gezeigt, dass der Klimawandel natürlich ist!“ und „Impfungen lösen Autismus aus!“ sind Sätze, die wir alle schon mal gehört haben. Trauriges Zeugnis einer Beziehungskrise zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. 39 % der Deutschen sind unentschieden, ob sie der Wissenschaft vertrauen können; nur 40 % glauben, dass die Wissenschaft für das Wohl der Menschen arbeitet.

Das Problem liegt in der Informationskommunikation. Die Gesellschaft fordert eine einfache Verarbeitung der Inhalte, die am besten innerhalb eines kurzen Videobeitrags erfasst werden kann. Dieser sollte den Konsumenten mitreißen und sich in der Reizüberflutung des Internets von anderen Inhalten abheben. Sie möchte eine eindeutige Antwort und keine Widersprüche. Und hier ist der Haken: Die Wissenschaft arbeitet nicht mit kurzen Videopräsentationen, um die Ergebnisse einer Studie zu vermitteln. Die deutschen Forscher nutzen Social Media unterdurchschnittlich häufig für die Aufbereitung ihrer Ergebnisse, um auch Nichtwissenschaftler zu erreichen. Nur rund 10 % der Forschenden geben an, ein gutes Lehrangebot für die Kommunikation mit Nichtwissenschaftlern an ihrer Hochschule gehabt zu haben. Ein Wissenschaftler schreibt seine Ergebnisse in erster Linie für andere Wissenschaftler nieder, damit diese sie bestätigen oder falsifizieren können. In der Wissenschaft ist das gegenseitige Widersprechen zwingend notwendig, um zu Erkenntnissen zu gelangen. Sich widersprechende Forschungsergebnisse steigern allerdings das Unverständnis der Bevölkerung und senken so das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft. Wer von uns glaubt noch an Studien zu Ernährungstrends? Kaum einer, weil dasselbe Nahrungsmittel laut einer Studie Wunder und laut der nächsten gar nichts bewirkt.

Vielleicht geht der Wissenschaftler auch davon aus, dass eine Person der breiten Gesellschaft, die die Studie liest, diese in Gänze liest und nicht nur überfliegt. Für den Wissenschaftler ist klar, dass es einen natürlichen Klimawandel gibt. Der Klimaskeptiker fühlt sich an dieser Stelle bestätigt und liest nicht weiter. Im folgenden Satz mag es allerdings darum gehen, dass die Klimaveränderung im Vergleich zu vorherigen Veränderungen in der Geschichte der Erde deutlich schneller voranschreitet und das (vereinfacht dargestellt) an der durch den Menschen veränderten Konzentration bestimmter Gase liegt. An dieser Stelle sollten wir im Blick haben, dass nicht nur die Gesellschaft Ansprüche an die Wissenschaft haben kann, sondern auch die Wissenschaft an die Gesellschaft. Zum Beispiel den, dass Ergebnisse nicht bewusst aus dem Kontext gerissen werden.

Politiker sind Teil der Gesellschaft und von dieser beeinflusst. Sie machen sich nicht nur der üblichen Kommunikationsfehler zwischen Wissenschaft und Gesellschaft schuldig. Häufig wechseln sie ihre Meinung nach den populären oder lauten Strömungen der Gesellschaft, orientieren sich eher an der Beliebtheit in unserer Bevölkerung als an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einigen Themen. Wenn man nicht zu genau hinsieht, würde man eine wissenschaftliche Begründung zu jeder Position finden und in der Politik bleibt einfach nicht die Zeit, um auf langwierige Studien zu warten. Ob man als Politiker dann den Klimawandel oder die Evolution leugnet, bleibt einem freigestellt.

Wie lösen wir dieses Problem? Die Gesellschaft wird weiter eine kurze und oberflächliche Präsentation von Forschungsergebnissen fordern, die sie dann nach den eigenen Wünschen auslegen kann. Die Wissenschaft kann ihre Kommunikation nur langsam ändern und Ergebnisse sowohl im bewährten Format für andere Wissenschaftler als auch für den Konsum aufbereiten. Was wir jetzt brauchen, ist ein neuer Dialog, in dem die Gesellschaft neu für die Wissenschaft sensibilisiert wird. Ansetzen kann man beispielsweise in der Schule. Neben der reinen Wissensvermittlung wird nur selten der Prozess, wie das Wissen erlangt wurde, gelehrt. Was aber nicht gelehrt wird, ist, warum wir dieses Wissen als Fakt ansehen. Dass es Wissenschaftler gab, die diese These geprüft haben und die Information, durch Belege, als in diesem Wissenschaftsfeld als anerkannt gilt, wird zu wenig erwähnt, oder dass es umgekehrt erst durch die Falsifizierung einer Hypothese, durch einen anderen Wissenschaftler, zu einer Erkenntnis gekommen ist. Zum anderen muss den Schülern und



Bildnachweis: stock.adobe.com © lexaarts

Schülerinnen Medienkompetenz auch für wissenschaftliche Inhalte nahegebracht werden, sodass die Schüler und Schülerinnen sich bewusst sind, dass die zum Konsum geeignete Darstellung der Forschungsergebnisse stark verkürzt ist und deswegen bei Interesse oder zur Argumentationsgrundlage das gesamte Ergebnis gelesen werden sollte, um Missverständnisse zu verhindern. Hier ist es zudem wichtig, verstärkt auf „Fake News“ einzugehen. Immer noch geben nur rund 50 % der Facebook-Nutzer an, Fake News erkennen zu können.

Das Problem ist nicht neu, sondern wurde bereits 1999 thematisiert. Die Präsidenten führender Forschungseinrichtungen unterschieben damals das Abkommen „Public Understanding of Science and Humanities“, in dem festgehalten wurde, dass Forschungsergebnisse auch für Nichtwissenschaftler verständlich dargestellt werden sollen. Im Zuge dessen wurden Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufgefordert, die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und Weiterbildungen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen anzubieten. Wie oben beschrieben ist seitdem nicht genug passiert. An dieser Stelle müssen wir auch hochschulpolitisch aktiv werden, um uns dafür einzusetzen, dass die zukünftigen Forschenden mehr Kompetenzen in der außerwissenschaftlichen Kommunikation erhalten.

Die Politik kann in diesem Verhältnis ebenfalls etwas bewirken. Zum einen kann jede Partei sich die im Fachbereich fähigsten Mitglieder raussuchen, um sie im betreffenden Themengebiet zu vertreten. Nach dem Grundprinzip der Leistungsgerechtigkeit sollten gerade die Liberalen an dieser Stelle Vorreiter sein. Stattdessen sitzen in unseren Parlamenten diejenigen, die am besten reden oder netzwerken können. Zum anderen reden in Debatten häufig auch diejenigen, die sich bei einem Thema nicht unbedingt auskennen und sich bisher nur oberflächlich damit auseinandergesetzt haben, einfach damit etwas gesagt wurde oder eine Meinung zum wiederholten Male geäußert werden kann, anstatt dass die Fachleute Fakten darlegen und Argumente vermitteln können. Die Politik macht sich auch parteiintern immer wieder des Populismus schuldig, indem eine uninformierte laute Masse die informierte und fachlich kompetente Minderheit ignoriert.

Die Beziehung zwischen Gesellschaft und Wissenschaft muss noch nicht aufgegeben werden. Sie erfordert Arbeit an der Kommunikation und Selbstreflexion, aber durch gegenseitiges Verständnis können Gesellschaft und Wissenschaft wieder enger zusammenwachen.

Tim Schütz (23) arbeitet im Bereich Kommunikation & Politik, ist im Landesvorstand der JuLis NRW und leitet den BAK Umwelt, Verkehr und Bau der JuLis. E-Mail: **tim.schuetz@julis-nrw.de**

Vertrauen ins Individuum: Volljährigkeit ab 16

12

Bildnachweis: stock.adobe.com © Rido

Der 27.10.2019 war einer dieser Tage. Es lag etwas in der Atmosphäre. Was sagt einem das Menschenbild? Wer ist verantwortungslos? Welche Vision muss gewagt werden?

Der Landeskongress in Borken bot einige hitzige Diskussionen. Eine Debatte war hingegen besonders emotional, lebendig und hitzig: die Volljährigkeit ab 16. Es gibt Themen (nichts gegen Landwirtschaft), bei denen eine kleine Minderheit mitdiskutiert und sich unmittelbar betroffen fühlt. Diese Debatte schlug und schlägt zwei Lager. Und das macht es wirklich spannend.

In diesem Magazin geht es vor allem um die Frage des Vertrauens. Eine zentrale Frage. Dennoch muss man bei der Altersgrenze mehrere Ebenen betrachten:

1. Bedeutung der Volljährigkeit

Bereits früh kommt der Zeitpunkt, zu dem man empörten Eltern den Satz „Ich wünschte, ich wäre erwachsen“ hinterherbrüllt, wenn man sich überstimmt und bevormundet fühlt. Tatsächlich ist der Begriff der Mündigkeit zentral für die Frage der Volljährigkeit. Bereits heute bedeutet die Altersgrenze 18 nicht das Ende falscher Einschätzungen oder irrationaler Kurzschlüsse. Vielmehr geht es für mich um das kritische Reflektieren von Meinungen, Alltagssituationen und seiner selbst. Ich stehe z. B. für ein Wahlrecht ab 16, nicht jedoch für ein Wahlrecht qua Geburt, wie es die JuLis Hamburg fordern. Mit 16 kann man kritisch gesellschaftliche Ereignisse einordnen und sich auch damit auseinandersetzen, wenn u. a. die Eltern gut gemeinte Empfehlungen an einen abgeben. Mit zwölf ist dies in der

Regel nicht möglich. Hier wird das Kind zu oft Übermittler des Wahlwunsches der Eltern. Keine Spur von Mündigkeit.

2. Menschenbild

Im Zentrum der Debatte um die Volljährigkeit stehen oftmals Beispiele. Befürworter nennen junge Menschen, die weit überdurchschnittlich früh gewisse Leistungen vollbracht haben und z. T. gesamtgesellschaftliche Veränderungen bewirkt haben. Gegenläufige Beispiele sind unreife 16-Jährige, die von Eskapade zu Eskapade wanken oder ihr Leben nicht im Griff haben. Beide Beispiele geben die Realität nur bedingt wieder. Erwartet man von einem volljährigen Menschen gewisse kognitive Mindeststandards, so müsste man so konsequent sein und einen Test einführen, der über die Volljährigkeit entscheidet.

Als Liberale glauben wir an das Individuum. Dazu kommt meine feste Überzeugung, dass mit steigender Verantwortung auch eine höhere Reife einhergeht. Ich selber habe festgestellt, wie schnell ich nach Beginn meiner Ausbildung an meinen Aufgaben gereift bin. Viele Ausbildungen können mit 16 nach einem Realschulabschluss begonnen werden. Ein Zeitpunkt, an dem es sinnvoll sein kann, einen Mietvertrag alleine zu unterzeichnen und sich mit einem Auto im Straßenverkehr zu bewegen. Natürlich sollte man sich beim Abschluss von wichtigen Verträgen die Hilfe von erfahrenen Menschen suchen. Dennoch sollte man auch zerrüttete Familien in den Blick nehmen, in denen jungen Menschen die Hände gebunden sind und die Möglichkeit fehlt, ein eigenes Leben aufzubauen. Nicht jeder wird einen Führerschein mit 16 finanzieren können. Vermutlich werden ihn auch viele nicht bestehen können. Aber: Für mich geht es bei der Volljährigkeit um ein Menschenbild, welches an einen glaubt. Es geht um das Ermöglichen des Könnens bei gleichzeitiger Wahrung staatlicher Aufsichtspflichten. Deshalb glaube ich auch nicht, dass bei einer Herabsetzung der Volljährigkeit die Anzahl von Früh-Alkoholikern ansteigen, die Schulabbrecherquote in die Höhe schnellen wird oder die Unfallquoten im Straßenverkehr explodieren werden.

3. Biologische Komponente

Die philosophische Betrachtung des „Erwachsen-Seins“ darf nicht mit den Begriffen „ausgewachsen“ und schon gar nicht mit dem Status der Volljährigkeit verwechselt werden. Es gibt Momente, in denen ich mich noch heute alles andere als erwachsen fühle. Hier geht es um eine subjektive Einschätzung, die sich meistens an Klischees und Pseudo-Erwachsenen-Faktoren orientiert.

Geht man, wie oben beschrieben, von einer Volljährigkeit aus, die sich an dem Ermöglichen des Könnens bei gleichzeitiger Wahrung der staatlichen Schutzpflicht orientiert, muss man die Mündigkeit in den Fokus nehmen. Diese entsteht während der Pubertät, zunächst meistens durch bewusste Abgrenzung von den Eltern, später jedoch mit einer deutlich verstärkten Selbstreflexion. Bei vielen Frauen ist die Pubertät mit 16 bereits in den Endzügen. Bei Jungen dauert diese zumeist länger. Zudem lässt sich über die vergangenen 100 Jahre ein deutlich früher einsetzender Eisprung bei Frauen feststellen. Der Reifungsprozess wird somit deutlich nach vorne verschoben. So lässt sich aus biologischer Sicht sagen, dass die Pubertät in vielen Fällen zwar mit 16 noch nicht absolviert ist. Dennoch ist es auch ein klares Zeichen der steigenden Eigenverantwortung, in einer Phase der wachsenden Mündigkeit einem Menschen die Volljährigkeit zuzugestehen.

4. Fazit: Angst ist kein guter Ratgeber

Eine ausführliche Betrachtung des Themas müsste sich wohl über deutlich mehr Seiten erstrecken. Dennoch wird eines deutlich: Es wird Menschen geben, die aus einer Herabsetzung der Volljährigkeit Großes generieren und früher Eigenverantwortung zeigen, ihren eigenen Weg konsequenter gehen und sich selber verwirklichen können. Es wird Menschen geben, die auf Basis einer früheren Volljährigkeit große Fehler begehen werden und sich womöglich Chancen zunächst verbauen. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass Fehler nur selten durch den Status der Volljährigkeit beeinflusst werden und grundsätzlich oft in einem konstruktiven Entwicklungsprozess eine langfristig positive Rolle spielen. Vergessen wir zudem nicht, dass sich für ganz viele Menschen im Alltag nicht viel verändern wird, egal ob sie mit 16 volljährig sind oder nicht. Ich selbst hätte vermutlich so oder so viel zu viel Zeit mit dem Fußball-Manager verbracht.

Die Frage der Volljährigkeit ab 16 fordert Optimismus. Sie fordert auch viel Mut. Sie erfordert auch Empathie gegenüber anderen Entscheidungen, auch wenn sie für einen zunächst sinnvoll klingen. Kurzum: Es steht uns Liberalen quasi in der DNA, diesen Schritt einzufordern und damit eine große gesamtgesellschaftliche Debatte anzuführen. Wer sich die Demografie in Deutschland anschaut, merkt, dass es zudem notwendig sein wird, jüngeren Menschen grundsätzlich mehr zuzutrauen, wenn man den Trend zum Seniorenstaat nicht weiterführen möchte.

Ich freue mich auf die nächste hitzige Debatte auf einem Landeskongress. Hoffentlich ganz bald.

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV

renew europe.

MORITZ KÖRNER, MdEP

Mitglied im Präsidium der FDP

Innen- und Haushaltspolitischer Sprecher der FDP
im Europäischen Parlament

@moritzkoernerfdp
@moritz_koerner
@moritzkoerner
@Moritz Körner

DEUTSCHLAND ÜBERNIMMT DIE RATSPRÄSIDENTSCHAFT DER EU

Ab dem 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Alle sechs Monate wechselt dieser Vorsitz. Der vorsitzende Staat hat die Aufgabe, die Sitzungen zu leiten, zu vermitteln und den Rat vor dem EU-Parlament zu vertreten. Ich finde, eine sehr wichtige Aufgabe!

Deutschland wird moderieren, verhandeln und muss Verantwortung übernehmen. Die Bundesregierung muss jetzt als Ratspräsidentschaft Europa stark durch die Corona-Krise führen und gleichzeitig neue Impulse setzen. Die Situation ist nicht einfach, aber die deutsche Ratspräsidentschaft darf nicht einfach nur eine Corona-Präsidentschaft werden, sondern muss Impulse für die Zukunft Europas setzen.

Mir ist wichtig, dass der mittelfristige Haushalt der EU endlich abgeschlossen und mit den richtigen Prioritäten für die Zukunft ausgestattet wird. Außerdem ist Europa eine Wertegemeinschaft. Deswegen muss die Bundesregierung eine Grundwerteinitiative starten, um Rechtsstaat, Demokratie und Grundrechte überall in Europa zu schützen.

Falls ihr Vorschläge habt, wie Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft noch besser nutzen könnte, meldet Euch direkt bei mir:
moritz.koerner@europarl.europa.eu.
Wenn ihr mich zu einer Eurer Veranstaltungen online oder vor Ort einladen wollt, um mit mir über dieses und andere europäische Themen zu diskutieren, schreibt bitte an: fabian.griewel@la.europarl.europa.eu.

Moritz

Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP

Innen- und Haushaltspolitischer Sprecher der FDP
im Europäischen Parlament

In meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ nehme ich euch mit hinter die Kulissen der europäischen Politik. Ihr findet ihn auf Spotify (siehe QR-Code rechts)

© Renew Europe 2020